

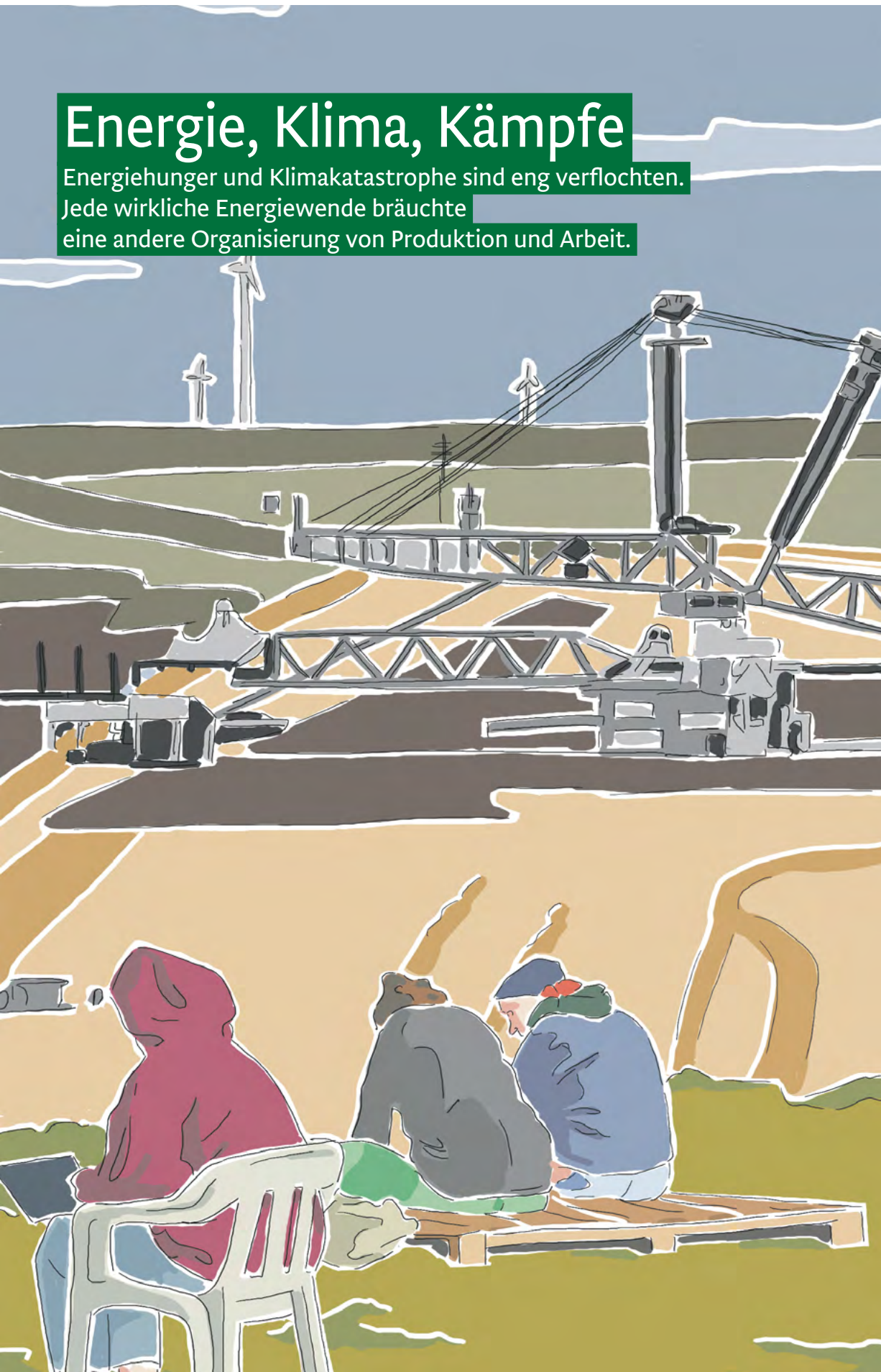
maldekstra #19

Globale Perspektiven von Links: Das Auslandsjournal

JUNI 2023

Energie, Klima, Kämpfe

Energiehunger und Klimakatastrophe sind eng verflochten. Jede wirkliche Energiewende bräuchte eine andere Organisation von Produktion und Arbeit.



Energie ist eine sehr profitable Ware, Voraussetzung jeder Produktion und aller Reproduktion. Energie spielt in sozialen Kämpfen eine große Rolle. Der Zugang zu, der Ausschluss von entscheiden über Leben und Tod. Durch expansive und externalisierende Politiken, die den Energiehunger vor allem der Länder des Globalen Nordens stillen sollen, werden die Konflikte der Gegenwart verstärkt. Die einen gehen „einkaufen“, um ihre Industrien und ihren Wachstumskurs energetisch abzusichern, die anderen werden als Lieferanten missbraucht. Hier Energiewende, dort Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen. Energiepolitik ist eines der großen Felder, die einen Zugriff auf Emissionsentwicklung ermöglichen. Und zugleich ein Feld großer Kämpfe der Gegenwart und Zukunft.

Gesellschaftliche Bewegungen für eine Energiewende, die den Namen verdient, Preiskämpfe und Rohstoffschlachten: Jede wirkliche Energiewende würde eine andere Organisation von Produktion und Arbeit voraussetzen. Das aber trifft auf heftige Gegenwehr, denn es rüttelt an den Grundfesten des Kapitalismus.

Illustration: Lena Westphal

- 4 Meilenweit von einer wirklichen Energiewende entfernt** Nadja Charaby über koloniale Muster und zu der Frage, warum linke Bewegungen zu leise sind
- 8 Auf dem Weg zur neofeudalen Dystopie?** Für Lateinamerika wird eine neue Ära der Rohstoffexporte anbrechen, die Gefahr einer vertieften ungleichen Spezialisierung ist groß
- 9 Deutsche Interessen gehen immer vor** Die Projekte für erneuerbare Energien lösen überall Konflikte aus, sagt Lucio Cuenca aus Chile
- 12 Territoriale Auswirkungen der Energiewende in Lateinamerika** Große Unternehmen instrumentalisieren das Konzept der erneuerbaren Energie für mehr Einfluss
- 13 Kein Heilsversprechen, aber auch kein Teufelszeug** Ob Wasserstoffprojekte in Afrika oder Südamerika mehr nützen als schaden, hängt auch von der Zivilgesellschaft ab
- 16 Weltweit die Ausnahme, nicht die Regel** Atomkraft ist teuer und unzuverlässig und bleibt hinter den Erneuerbaren zurück
- 17 Die Energiewende in Nordafrika** Beim Übergang zu erneuerbaren Energien werden koloniale Muster reproduziert
- 20 Das Kritische Rohstoffgesetz der EU** Auf dem Papier klingt vieles gut, in Wahrheit geht es jedoch um knallharte Industrie-Interessen
- 21 Ein Gas-Deal im Senegal?** Eine deutsche Finanzierung neuer fossiler Infrastrukturen im Globalen Süden sollte es nicht geben
- 22 Chance oder Kalamität?** Elimane Haby Kane über geplante Projekte zur Öl- und Gasförderung im Senegal

Impressum

maldekstra wird herausgegeben von der common Verlagsgenossenschaft eG, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, in Kooperation mit der

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Beirat Hana Pfennig, Boris Kanzleiter

Redaktion Julia Funcke (Korrektorat), Kathrin Gerlof (V.i.S.d.P.), Anne Schindler, Mitarbeit: Andreas Bohne, Lotta Ramhorst

Gestaltung Michael Pickardt

Illustrationen Lena Westphal

Kontakt Tel. 030.2978.4678
kontakt@common.berlin

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

Druckauflage 51.000

„maldekstra“ steht für „links“ in der Weltsprache Esperanto.

„maldekstra“ kann kostenfrei bezogen werden über bestellung.rosalux.de.

Anfragen und Leser*innenbriefe bitte an maldekstra@rosalux.org

In Zukunft kämpfen

Energiekämpfe sind Klimakämpfe. Im Energiesektor ist es möglich, die Emissionsentwicklung und damit den Umgang mit der bereits eingetretenen Klimakatastrophe politisch stark zu beeinflussen. So wie falsche Politiken die Katastrophe verschärfen, kann die richtige Politik dafür sorgen, dass die biophysikalische Existenzkrise, in der wir uns befinden, eingehegt oder gar zum Besseren gewendet wird.

Weltweit finden soziale Kämpfe um die Kontrolle der Energieproduktion, den Zugang zu Energie, die Verteilung, die Preisentwicklungen und gegen eine Fortführung fossiler Energiestrategien statt. Linke, sozialökologische Strategien sind dringend geboten. Aber gibt es sie? Und setzen sie wirklich einen Kontrapunkt zur fossilistischen Ausrichtung bislang noch jeglicher Politik? Damit beschäftigt sich diese Ausgabe.

Denn auch wenn in Ländern des Globalen Nordens die Windräder in den Himmel wachsen und Photovoltaik Dächer und Felder schmückt: Dieser Fortschritt wird auf Kosten vieler Länder des Globalen Südens erkaufte. Jener Länder, die uns die Rohstoffe für all die wunderbare E-Mobilität, sichere Energieversorgung und gefeierte Umstellung auf erneuerbare Energien liefern. Koloniale Wirtschaftsstrukturen werden reproduziert – im Weltmaßstab ist keine Energiewende in Sicht. Schon gar nicht ein Ende des Wachstumsparadigmas, denn die Heilsversprechen von grünem, blauem, gelbem Wasserstoff, Biomasse, Brückentechnologien, LNG, Photovoltaik in der Wüste, Fracking erhalten die Mär aufrecht, dass sich ein stetiger Wachstumskurs fortsetzen lässt. Einst war es die Kernspaltung, die eine saubere Zukunft versprach, heute werden die bescheidenen Fortschritte in der Kernfusion gefeiert, wird Atomkraft als notwendige Technologie gepriesen, fließt unendlich viel Geld in die Lobbyarbeit fossiler Unternehmen. Und mit allen neuen Versprechen geht die Lüge einher, dass die Übernutzung des Planeten damit ein Ende haben, der Wohlstand

weiter wachsen werde. Erzählungen, die viel näher an der bitteren Wahrheit sind, finden wenig Gehör. Widerstand, der sich am Sekundenkleber festmacht und anderswo nicht selten tödlich endet, bekommt bei weitem nicht jene solidarische Unterstützung und gesellschaftliche Einsicht, die es bräuchte, um eine wirkliche Energiewende voranzubringen. Aufgeben? Keine Option.

Die Kontrolle über die Energieproduktion ist eine der wichtigsten Machtressourcen des Kapitals. Da gehört sie nicht mehr hin und deshalb sind Energiekämpfe Klassenkämpfe, muss der fossile Klassenkompromiss aufgekündigt werden. Denn klar ist: Das Kapital wird sich den Zugriff auf die für noch jede mehrwertschaffende Produktion notwendige Ausgangsressource Energie nicht freiwillig und nicht einmal in Teilen entziehen lassen. Dafür ist Energie als Produktionsfaktor zu essenziell und zugleich ein Druckmittel gegenüber anderen Staaten. Als Bundeskanzler Olaf Scholz zum Einkaufen für Porsche und Siemens Energy nach Chile reiste, um Wasserstoff für die hungrigen Unternehmen zu sichern, schien es ihm egal zu sein, dass mit der Produktion in einem Land, in dem 70 Prozent des Bodens unter Dürre leiden und vor allem die indigene Bevölkerung vom Bau der neuen Anlagen betroffen sein wird, das Ökosystem durch die notwendigen Entsalzungsanlagen weiter geschädigt werden wird. Ob der Herstellungsprozess also wirklich grün ist, wie verkündet, ist definitiv nicht ausgemacht. Aber ausgemacht ist, dass der Einkauf zum Beispiel von wieder mehr Steinkohle aus Kolumbien, das sich auf den Weg gemacht hat, Abschied von diesem fossilen Energieträger zu nehmen, mit einer weltweiten Energiewende so viel zu tun hat wie die Realität mit dem Versprechen, es gäbe eine sichere Lösung für die Lagerung von Atommüll. Nämlich nichts.

Ein klimaneutrales und -resilientes Energiesystem muss dezentral und kontinentweit aufgestellt sein. Vor allem aber muss es gerecht und ökologisch sein.

Kathrin Gerlof

Schöne Aussichten

„Neue Energie für Vergesellschaftung für neue Energie“ – der Titel dieser im März 2023 erschienenen Publikation klingt ein wenig doppelt gemoppelt. Ist er aber nicht. Die Broschüre befasst sich mit der hochgesteckten, aber dringend gebotenen Ambition einer demokratisierten Energiewirtschaft, mit den Potenzialen, die in dieser Idee stecken, und den Auseinandersetzungen, die um sie geführt werden.

Was bedeutete es eigentlich, würde der Energiesektor vergesellschaftet? Gibt es dafür Vorbilder, und würde es genügen, große Energieerzeuger zu enteignen? Natürlich nicht, sagen die Klugen. Es braucht schon ein tragfähiges Konzept dafür, wie die gesamte Energiewirtschaft – von der Produktion bis zur Verteilung – organisiert sein müsste, wenn sie sowohl Daseinsvorsorge sein als auch der notwendigen Transformation hin zu weniger Energieverbrauch und 100 Prozent sauberer Energie gerecht werden muss.

Wie kann eine solche Transformation den globalen Raubbau europäischer Energiekonzerne beenden, wie ernst nimmt sie die Bedürfnisse der Bevölkerungen anderswo? Und wie können Energieerzeugung und -verteilung dezentralisiert und damit auch unverletzlicher und robuster werden?

Die Beiträge der Broschüre orientieren sich an der thematischen Gliederung der Vergesellschaftungskonferenz, sind gut lesbar und als Gesamtwerk ein ermutigendes Kompendium zu einem der wichtigsten Themen unserer Zeit. *kg*

„Neue Energie für Vergesellschaftung für neue Energie. Vergesellschaftungsperspektiven im Energiesektor“, communia e. V. (Hrsg.), unterstützt von und bestellbar über die Rosa-Luxemburg-Stiftung: www.rosalux.de



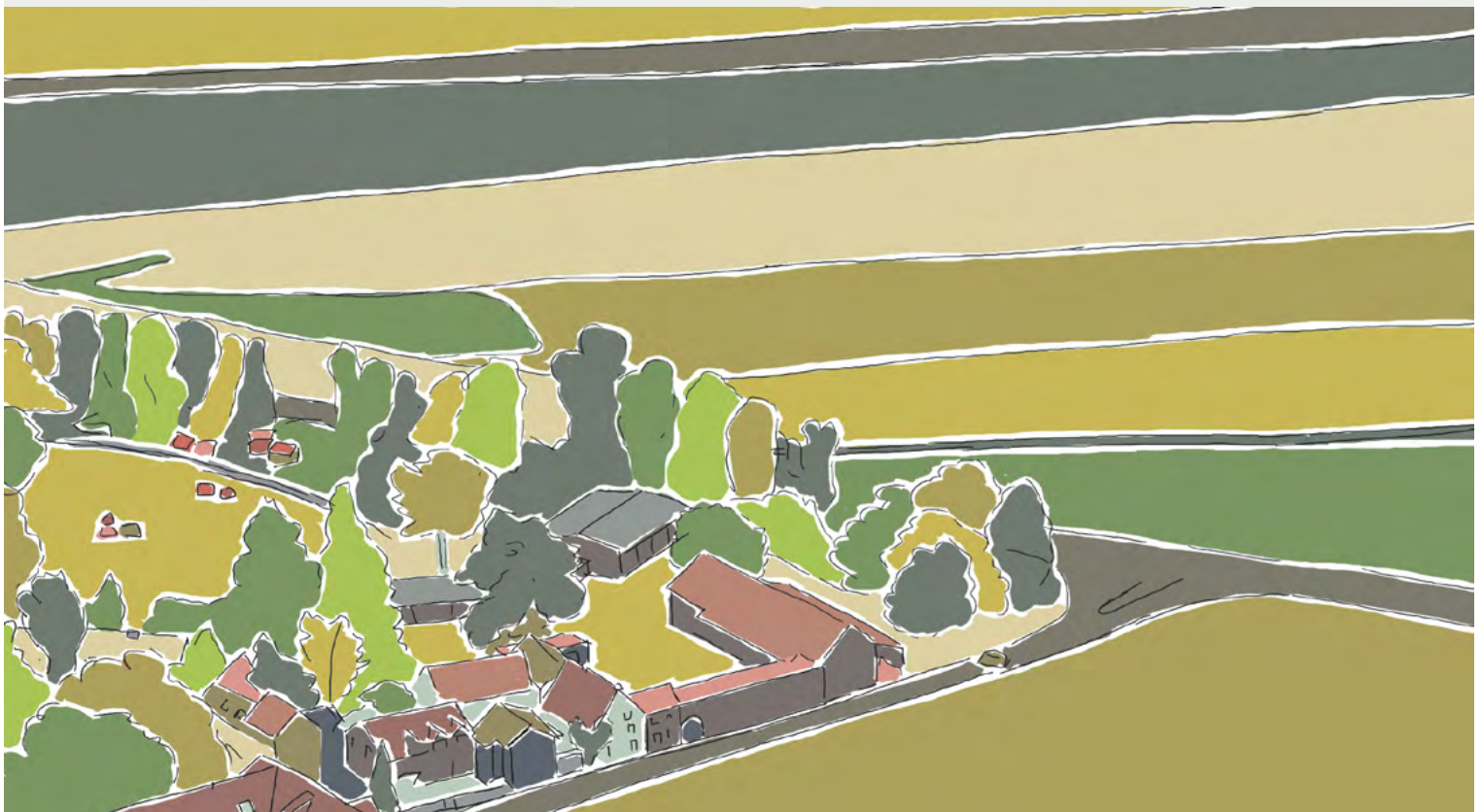
Studiendaten zufolge bedrohen Ausbrüche von Gletscherseen weltweit mehr als 15 Millionen Menschen. Das Risiko von Überschwemmungen betrifft vor allem Indien, Pakistan, China, Peru und Bolivien.

2015 strengt der peruanische Andenbauer und Bergführer Saúl Luciano Lliuya eine zivilrechtliche Klage gegen den Energiekonzern RWE an. Durch den Klimawandel ist der Gletschersee oberhalb seiner Heimatstadt Huaraz stark angewachsen. Der Damm droht zu brechen, für 50.000 Menschen wäre dies eine Katastrophe. RWE ist Europas größter CO₂-Emittent und für circa ein halbes

Prozent aller von Menschen verursachten Treibhausgasemissionen weltweit verantwortlich.

Die Entfernung zwischen Huaraz und Lützerath beträgt ungefähr 10.000 Kilometer.

Bereits 18 Jahre zuvor wurde der Rahmenbetriebsplan für den Tagebau Garzweiler I/II zugelassen und mit der Räumung von Ortschaften begonnen. 1,3 Milliarden Tonnen Braunkohle enthält die Region ungefähr. Bereits 2006 begann die Umsiedlung des Dorfes Lützerath, das viele Jahre später von sich reden machen sollte.



Meilenweit von einer wirklichen Energiewende entfernt

Nadja Charaby über koloniale Muster, die im Umgang mit der Energiekrise erkennbar sind, und zu der Frage, warum linke Bewegungen zu leise sind



Foto: Privat

Nadja Charaby ist Referentin für Klimapolitik und Referatsleiterin Internationale Politik und Nordamerika bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. **Kathrin Gerlof** sprach mit ihr.

Energie ist ein großes Thema. Man hat den Eindruck, DAS große Thema. Siehst du diese Fokussierung als etwas Positives oder eher als etwas Reaktives?
Erst einmal ist es gut, dass so viel über dieses Thema debattiert wird. Ich finde den Anlass auf gewisse Art und Weise bitter. Denn eigentlich sollten die Fragen zum Energieverbrauch – wo kommen die Rohstoffe her, was macht deren Gewinnung mit unserem Planeten, wie viel Energie verbrauchen wir, verbrauchen wir zu viel von allem? – schon lange ein brisantes Thema sein. Aber mit großer Hartnäckigkeit wurde das eher verdrängt.

Es ist also gut, dass so viel darüber gesprochen wird. Die Antworten und die Lösungen, die gefunden werden, sind falsch.

Warum findest du sie falsch?

Weil in Windeseile eine überdimensionierte fossile Infrastruktur, wie beispielsweise die neuen Flüssiggas-Terminals, ausgebaut wird. Diese legt jetzt Grundsteine für eine Fehlentwicklung in den kommenden Jahren. Das fossile Energiemodell wird fortgeschrieben, statt bei der Energiewende mehr Tempo zu machen. Gleichzeitig hat das fatale Auswirkungen auf arme Länder, die letztes Jahr durch die massiven Preissteigerungen auf dem Gasmarkt in Versorgungsschwierigkeiten geraten sind. In anderen Ländern treibt das den Ausbau von fossiler Gasgewinnung voran, teilweise durch Fracking (wie in den USA oder Kanada). Die dadurch angerichteten Schäden treffen meist eh schon benachteiligte Gemeinden. Auch die Frage, wem die Energiekonzerne eigentlich gehören oder wie deren Gewinne gerecht umverteilt werden können, wird nicht ausreichend gestellt. Stattdessen machen private Unternehmen Megagewinne.

„Maldekstra“ beschäftigt sich mit globalen Perspektiven. Das ist gegen die Verkürzung gedacht, nur die Frage zu stellen, ob wir es in unseren Wohnungen ausreichend warm haben und unsere Industrie am Laufen gehalten werden kann. Vor fast 20 Jahren schrieb Elmar Altvater in einem Text über den „neuen Energie-Imperialismus“. Kannst du mit diesem Begriff etwas anfangen?

Es ist eine gute Zuspitzung, ein richtiger Begriff. Wir sprechen von der imperialen Lebensweise. Die Art und Weise, wie wir produzieren, leben, konsumieren, geschieht auf Kosten anderer. Sie verursacht anderswo Schäden und hohe Kosten. Gleichzeitig spiegelt sich in dieser Krise der Gegenwart, dass die Energiesicherheit hier in Europa über alles gestellt wird. Zuvor zugesagte Klimaschutzziele werden über Bord geworfen. Mit verschiedenen Tempi und Möglichkeiten werden neue Ressourcen akquiriert, in Ländern, in

denen das eben nicht dazu führen wird, dass die auch eine Chance haben, ihre eigene Energiesicherheit auf die Beine zu stellen. Stattdessen sollen sie es Europa ermöglichen, Ressourcen zu importieren. Das heißt, von einer dringend gebotenen globalen Energiewende sind wir meilenweit entfernt.

Weil zu sehr auf fossile Energien gesetzt wird?

Ja, das ist ein wesentlicher Aspekt. Für die Energiesicherheit sollen andere fossile Energieträger fördern und exportieren.

Damit meinst du die „Einkaufsreisen“ des Bundeskanzlers, zum Beispiel in Chile?

Zum Beispiel. Wir haben uns in unserem Klimadosier mit diesem Problem befasst. Um das russische Gas zu kompensieren, gehen deutsche Politiker*innen auf Shoppingtour in der ganzen Welt. Das hat fatale Auswirkungen. Im vergangenen Jahr sind die Gaspreise massiv in die Höhe geschneit. Länder wie Pakistan, die auf Importe angewiesen sind, konnten sich das nicht mehr leisten. Das hat dann dazu geführt, dass manche Länder lieber ihr Gas exportieren, als es ihrer eigenen Bevölkerung und ihrer eigenen Industrie zur Verfügung zu stellen. Stattdessen verbrennen sie noch dreckigeres Zeug. Umweltprojekte wurden auf Eis gelegt. In vielen afrikanischen Ländern führt dies zu völlig irrwitzigen Infrastrukturprojekten. Und da stellt sich die Frage: Was werden die Auswirkungen vor Ort sein, wer wird partizipieren, wer verlieren?

Auch in Ländern wie Kanada, wo man die Chance sieht, nun auch Gas zu exportieren. Da werden Pipelines gebaut, die gehen durch die Gebiete indigener Gemeinschaften. In den USA betrifft das Küstenregionen. Der Begriff „Imperialismus“ ist also schon sehr zutreffend. Gleichzeitig sprechen wir aber eben auch von Kolonialismus. Einmal in Bezug auf die Energiewende, die sehr ressourcenintensiv ablaufen wird. Und diese Ressourcen, die wir hier brauchen, kommen aus anderen Regionen der Welt. Damit wir hier sauber produzieren können, wird anderswo die Umwelt zerstört.

Sollten wir jetzt den Begriff „Energiekolonialismus“ in die Welt setzen?

Ich habe ihn noch nicht gehört, aber wir müssen, wenn wir einen solidarischen Blick auf die Welt wollen, darüber reden, welche kolonialen Muster diese Energiekrise und die postulierte Energiewende produzieren. In den Ländern des Globalen Südens, die sowieso schwer unter Druck stehen durch die Schuldenkrise, durch die Pandemiezeit. Nur logisch, dass die sagen: Moment mal, das kennen wir doch aus den Zeiten des Kolonialismus. Das wollen wir nicht mehr, diese Art der Architektur des Handels, der Finanzsysteme.

Es ist fast ein Gedankensprung, aber vielleicht ein notwendiger, vom Begriff „Energie-Imperialismus“ zu „Energiekolonialismus“ zu kommen. Auch wenn es schwer abzugrenzen ist. Wie hängen Klimakrise oder -katastrophe und Energiehungern zusammen?

Die Klimakrise ist nicht deckungsgleich mit der Energiekrise. Sie ist größer. Aber der Energiesektor hat sehr viel zur Klimakrise beigetragen. Die Antworten, die aktuell auf die Energiekrise gefunden werden, sind nicht adäquat für das, was die Klimakrise an Politik erfordert.

Das Problem ist, mit der Fortschreibung der alten Lösungsmuster, um der Energiekrise zu begegnen, wird die Klimakrise verschärft. Das sind fatale Vergangenheitsmodelle, die einfach nicht funktionieren, stattdessen noch größeren Schaden anrichten. Und da muss man sagen: Fatal ist eben auch, dass dies durch eine Bundesregierung mit grüner Beteiligung offensichtlich nicht korrigiert wird.

Wenn wir uns nur die Rolle fossiler Unternehmen anschauen – diese Großkonzerne wissen seit Jahrzehnten, dass sie die Klimakrise verschärfen. Und sie tun alles dafür, einfach weitermachen zu können, verkaufen sich als Teil der Lösung. Und es läuft gut für sie. Die Politik hält nicht dagegen, entwickelt keine anderen Konzepte, die dieses Tun einschränken oder gar unterbinden.

Weil wir bei Begrifflichkeiten sind: Du arbeitest zum Thema Klimagerechtigkeit, darunter können sich viele etwas vorstellen. Wäre der Begriff „Energiegerechtigkeit“ auch tragfähig und ausfüllbar?

Deckungsgleich sind die Begriffe nicht. Im Übrigen ist der Begriff „Klimagerechtigkeit“ auch umstritten, der wird sehr unterschiedlich von sehr verschiedenen Interessengruppen benutzt. Meine Vorstellung von Energiegerechtigkeit wäre, bei allem Tun zuerst darauf zu schauen, welche globalen Dimensionen in diesem Handeln liegen. Dafür ist es nötig, die kolonialen Muster zu hinterfragen, die Verteilung von Gewinnen, die Eigentumsverhältnisse. Zur Energiegerechtigkeit gehört, dass sich Menschen mit kleinen und prekären Einkommen die lebensnotwendige Energie leisten können. Aber auch, dass unsere Energiewende nicht auf Kosten anderer Länder stattfindet, die ihre Energiewende verschieben oder gar nicht erst beginnen können. Wenn für unsere tollen Elektroautos anderswo Umwelt zerstört wird, läuft ja wohl irgendetwas gewaltig schief.

Der Klassenkompromiss der frühindustrialisierten Länder beruhte auf der Verfügbarkeit billiger fossiler Brennstoffe. Die haben die gewaltige Wachstumsmaschine in Gang gebracht, verbunden mit einem Wohlstandsversprechen. Und sie waren Ausgangspunkt der Klimakrise. Kann es sein, dass linke Bewegungen viel zu spät die damit verbundenen Gefahren erkannt, viel zu spät die notwendigen Zusammenhänge hergestellt haben?

Das ist so. Und bis jetzt haben wir es nicht so richtig verstanden und haben nicht die richtigen Antworten, wenn es darum geht, das Ökologische mit dem Sozialen zu verbinden und das Ganze noch solidarisch global zu betrachten. Wir hängen an diesem Wachstumsversprechen. Das linke Wohlstandsver-

sprechen geht einher mit einer gewissen Angst vor allem, was dem entgegengesetzt wird. Konzepte wie Postwachstum oder Degrowth tröpfeln ein bisschen durch, bei einigen mehr, sind aber auch verschrien als bürgerliche Modelle. So ist auch in unseren Debatten viel verschleppt und vertagt worden. Das sieht man an der Diskussion über die Zukunft der Braunkohleregionen. Erst vertagt, dann zu spät dafür, Konzepte zu haben, wie das sozial gerecht gestaltet werden kann.

Zur Wahrheit gehört, dass Deutschland beispielsweise zu den oberen zehn Prozent der Länder zählt, was den Pro-Kopf-Energieverbrauch anbelangt. Aus globaler Sicht ist das ein Wohlstand, der eben auf Kosten des Wohlstands anderer geht. Natürlich kommt dann noch dazu, dass es auch innerhalb des Landes ein extrem großes soziales Gefälle gibt. Dafür Antworten zu finden und Vorschläge zu entwickeln, dazu hätte es eines längeren Vorlaufs bedurft.

Gibt es überhaupt eine linke Deutung dessen, was Wohlstand sein könnte?

Eher nicht. Punktuell wird es natürlich immer wieder debattiert. Dazu gehören dann auch Diskussionen wie die über eine Grundsicherung. Aber so heikle und, ja, strittige Fragen wie „Ist der Wohnraum pro Kopf im Schnitt zu groß?“, „Wie viele Autos verträgt diese Umwelt überhaupt noch?“ werden eher nicht diskutiert.

Wo sind die tragfähigeren Konzepte für ein Wohlstandsversprechen zu finden? Liegt der Fehler bereits darin, Wohlstand immer nur mit materiellem Wohlstand gleichzusetzen?

Natürlich wird diskutiert, sich von diesem rein materiellen Wohlstandsbegriff zu verabschieden. Zeitwohlstand wäre ein Stichwort. Und es gibt Ideen und Lösungen im Kleinen. Die große Frage ist: Wie wollen und müssen wir als Linke damit umgehen? Allein die Debatte über Arbeit und unser Verständnis davon, wie Arbeit organisiert ist, müssten beispielsweise auch im Kontext der Klimakrise und der notwendigen anderen Energiepolitik von links gegebenenfalls anders betrachtet werden. Jede wirkliche Energiewende setzt doch eigentlich eine andere Organisation von Produktion und Arbeit voraus. Und dafür braucht es Konzepte: im Sinne des Planeten und der Menschen – auch im Globalen Süden, also eigentlich der globalen Mehrheit und halt nicht nur hier.

*Nicht erst seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben wir es bei der Energiefrage mit einer Entsolidarisierung zu tun. Wir sprachen darüber, dass selbst eine wie auch immer geartete Energiewende in einem Land zur Folge hat, dass anderswo Rückschritte gemacht oder notwendiger Umbau verhindert wird. Ich sehe nicht, dass dies nun endlich von links ausreichend thematisiert wird. Da stimme ich dir zu. Und das ist eine vertane Chance. Als in Wien kürzlich die Proteste gegen die Gaskonferenz stattfanden, gab es so einen Moment der Solidarisierung. Da waren viele Aktivist*innen aus afrikanischen Ländern dabei, um deren Stimmen und Interessen hier präsent zu machen.*

Von einer dringend gebotenen globalen Energiewende sind wir meilenweit entfernt.

Die Zuspitzung des Versprechens ist, dass es im Grunde so weitergehen kann.

Wenn die Kämpfe der Gegenwart vor allem auch Energiekämpfe sind, dann wäre es doch ein historisches Momentum, dies für Bewegung zu nutzen. Auch das stimmt. Ist aber so nicht festzustellen. Viele Kämpfe finden statt, aber punktuell. Die großen Fragen, also die nach Art und Weise des Produzierens, den Eigentumsverhältnissen, werden nicht laut genug gestellt. Wieso muss es so sein, dass transnationale Konzerne mit ihrem Tun den Planeten zerstören? Wo brauchen wir öffentliches, gesellschaftliches Eigentum?

Wer hat den Mut zur Wahrheit? Und wäre es nicht der linken Bewegung als Pflicht aufzuerlegen, diesen Mut aufzubringen? Was hätte sie zu verlieren?

Sie verliert gerade, das muss man sagen. Oder anders: Sie bekommt keinen Aufwind, wenn sie und weil sie die Fragen der globalen Gerechtigkeit stellt. Insofern leben wir wirklich in schweren Zeiten. Aber wenn wir dabei stehen bleiben, zu sagen: Das materielle Wohlstandsversprechen kann nicht mehr gehalten werden und war in dieser Form von Beginn an falsch – warum sollten die Menschen uns dann zuhören, geschweige denn sich uns anschließen? Wenn man jedoch wirklich globale Gerechtigkeit thematisiert und in der Lage ist, den Wohlstandsbegriff weiter zu fassen – über das Materielle hinaus –, wäre das vielleicht anders. Wir müssen uns da mehr trauen.

Wer zurzeit mutig ist für hiesige Verhältnisse: die Letzte Generation. Die machen schon etwas, was wirklich weh tut. Zumindest in ihren Aktionsformen. Und wir sehen, wie „beliebt“ sie sind.

Du meinst, das geht so nicht, wenn man Mehrheiten für den gesellschaftlichen Wandel finden will?

Um den voranzubringen, braucht es Mehrheiten. Das ist wirklich eine schwierige Frage. Auch bei der Energiefrage. Wirklicher Wandel lässt sich nicht „gegen“, sondern nur „mit“ gestalten. Aber es ist auch nicht die Rolle von sozialen Bewegungen, von allen geliebt zu werden. Geht sowieso nicht, wenn man den Finger wirklich in die Wunde legt. Also, liebe Linke, sagt: Stopp! Der Planet kann nicht mehr.

Nicht erst jetzt, sondern schon lange wird in den Debatten über Energiekrisen darauf verwiesen, dass die Entstofflichung und Entgrenzung der Ökonomie – also sozusagen die digitale Zukunft – dazu beitragen wird, dass sich dieses Problem von selbst löst. Weil, so die Argumentation, alles ganz fürchterlich ressourcensparend oder eben ressourcenarm sein wird. Technische Lösung statt Bewusstseins- und Seinswandel. Wird darüber ausreichend debattiert?

Gerade im Energiebereich wird es viel diskutiert. Auch weil gerade fossile Unternehmen sehr viel Geld in dieses Narrativ stecken. Und technische Lösungen präsentieren, wie zum Beispiel Ozeandüngung, Kohlenstoffspeicherung, Verpressung. Das findet Eingang in den Mainstream. Und es wird viel Geld reingesteckt, dafür Zustimmung zu bekommen. Die Zuspitzung des Versprechens ist, dass es im Grunde so weitergehen kann. Das E-Auto ist solch ein Versprechen. Da schauen wir sehr wachsam drauf. Denn das sind wieder Ideen, die nicht zu Ende gedacht sind. Die Risiken sind nicht ausreichend erforscht und beschrieben, der Ressourcenverbrauch zur Umsetzung dieser Ideen wird vernachlässigt, die realen Kosten werden verschleiert. Es gibt zu wenig Kenntnis darüber. Wenn diese Erkenntnisse aber da sind, besteht die Möglichkeit relevanter Gegenbewegungen. Hinter all diesen Ideen steckt ökonomisches Kalkül. Nicht etwa planetare Fürsorge.

Die Erzählung lautet, sehr vereinfacht: Vor 100 Jahren hätte ja auch niemand geglaubt, dass es Computer geben wird, die so klein sind, dass sie in die Hosentasche passen. Es wäre also eher nötig, zu debattieren, dass man all das – obwohl es technisch möglich sein wird oder ist – nicht wollen darf. Weil es die biophysikalische Existenzkrise, in der wir stecken, nicht beenden, stattdessen verschärfen wird.

Es ist wichtig, die technischen Lösungen, die uns wirklich voranbringen in der Klimakrise und für Klimagerechtigkeit, nicht wegzudiskutieren. Die gibt es ja auch oder wird es geben. Aber wenn die Erzählung lautet: Wir wollen weitermachen wie bisher und schaffen dafür die technischen Voraussetzungen, mit denen wir den Planeten dann halt auf andere Art und Weise schädigen, müssen wir klug gegenargumentieren können.

Kolumbien und die Steinkohle

Bei einer Besuchsreise nach Kolumbien hob Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck Mitte März die geplante Kooperation beider Länder beim Klimaschutz und zukünftigen „grünen“ Energieexporten hervor. So verfüge Deutschland über „Unternehmen, die statt Kohle in Zukunft einen klimaneutralen Energieträger kaufen möchten“, sagte er mit Blick auf das Potenzial „grünen“ Wasserstoffs, der aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Seit Russlands Angriff auf die Ukraine kaufen deutsche Unternehmen in Kolumbien aber wieder deutlich mehr Kohle. Anfang April 2022 hatte Bundeskanzler Olaf Scholz den damaligen kolumbianischen Präsidenten Iván Duque angerufen, um Ersatz für die nunmehr unerwünschten Rohstoffe aus Russland zu beschaffen. Anschließend genehmigte Kolumbien umgehend die Ausweitung der Kohleförderung. Bis Anfang 2022 war die importierte Menge von einst über zehn auf unter zwei Millionen Tonnen jährlich gefallen. Dazu trugen nicht zuletzt Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen

bei, die von Kohleunternehmen ausgehen. Im vergangenen Jahr verdreifachte Deutschland seine Steinkohle-Importe aus Kolumbien dann auf fast 5,8 Millionen Tonnen. Abnehmer sind vor allem EnBW, RWE, STEAG und Uniper.

Mit über 57 Millionen Tonnen war Kolumbien 2021 der weltweit sechstgrößte Kohleexporteur. Die seit August 2022 amtierende Linksrégierung unter Gustavo Petro will das auf Rohstoffexporten basierende Wirtschaftsmodell zu überwinden und keine neuen Projekte bewilligen. Die Regierung kalkuliert mit einem Zeithorizont von 15 Jahren.

Der Kohleabbau hat gravierende Auswirkungen auf Menschen und Umwelt. Im Umfeld von Kohleprojekten gab es gewaltsame Vertreibungen, Zerstörung der Ackerflächen, massive Wasserverschmutzung und Wassermangel. Lokale Bevölkerungen verlieren zunehmend ihre Lebensgrundlagen. Das interessiert Deutschland jedoch wenig, wenn es darum geht, den Energiehunger zu stillen. kg



Die Klage des peruanischen Bergführers wird zunächst vom Landgericht Essen in erster Instanz abgewiesen. Dabei ist binnen 50 Jahren die Fläche der Gletscher bereits um die Hälfte zurückgegangen. Der Gletscher auf dem Palcaraju-Gipfel – 6.274 Meter hoch ragt der Berg in den Himmel – bedeckt den Bergrücken immer weniger. Die Wassermenge des unterhalb des Gletschers liegenden Sees hat sich seit den 1970er Jahren vervielfacht. 34-mal größer ist sie inzwischen.

Die 100 größten Carbon Majors der Welt sind zusammen für rund 70 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Lliuya will vor Gericht erstreiten, dass RWE, Hauptsitz in Hamm (Westfalen),

0,47 Prozent der Kosten von Schutzmaßnahmen für sein Haus und sein Dorf übernimmt.

Im November 2017 schreibt der 5. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Hamm Rechtsgeschichte, indem er zu erkennen gibt, dass große Emittenten wie RWE grundsätzlich verpflichtet sind, von Klimaschäden Betroffene in armen Ländern zu unterstützen. Die Klimaklage geht in die nächste Phase.

Bereits 2014 kündigte die rot-grüne Landesregierung Nordrhein-Westfalens an, dass der zukünftige Tagebau Garzweiler II verkleinert würde. Lützerath wird das nicht retten.



Auf dem Weg zur neofeudalen Dystopie?

Für Lateinamerika wird eine neue Ära der Rohstoffexporte anbrechen, die Gefahr einer vertieften ungleichen Spezialisierung ist groß. Von Hannes Warnecke-Berger

Wir stehen vor dem Aufbruch in ein neues Energiezeitalter. Dieser Wandel bedeutet zunächst eine tiefgreifende Rohstoffwende. Neue Energiespeicher, Windräder, Solarzellen und E-Autos verbrauchen zwar kein Öl, können aber nur effizient eingesetzt werden, wenn neue Rohstoffe verfügbar sind. Bisher werden global noch 80 Prozent der Energie aus fossilen Rohstoffen wie Öl und Gas gewonnen. Sollen die Klimaziele erreicht werden, müssen zukünftig rund 70 Prozent der weltweit verbrauchten Energie aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen werden. Dafür werden mehr und vor allem andere Rohstoffe benötigt. Angesagt sind nicht mehr Öl, Gas oder Kohle, sondern Lithium, Kupfer, Nickel, Kobalt und Zink.

Dies wird die Rohstoffbasis der Weltwirtschaft tiefgreifend verändern. Bisher bezieht sich der Rohstoffhandel auf bis zu ein Drittel des Welthandels. Er wird sich verstärken, und dies stellt viele Länder, die bisher fossile Energiequellen exportieren, vor enorme Herausforderungen. Was sollen Algerien, Saudi-Arabien oder Venezuela exportieren, wenn in 15 oder 30 Jahren keiner mehr Öl kaufen will? Mehr noch als fossiles Öl kommen die „neuen“ Rohstoffe in nur wenigen Ländern vor. Geografische Konzentration kann geopolitische Interessen schüren, wie nicht zuletzt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine verdeutlicht. Die zukünftigen Rohstoffproduzenten laufen Gefahr, sich abermals ungleich zu spezialisieren.

Die Genese des Kapitalismus beruhte zunächst auf der Verfügbarkeit fossiler Energiequellen wie Holz, Kohle und schließlich Öl. Mit deren Erschließung etablierte sich ein globales Rohstoffregime, das Produktion, Handel, Verarbeitung und Verbrauch von Rohstoffen regelte. Damit wurde auch eine zentrale Ungleichheitsachse der Weltwirtschaft geschaffen: die zwischen Nord und Süd. Triebfeder dieser Ungleichheit ist das Auftreten von Renten: Wurden für die Industrialisierung die meisten Rohstoffe zunächst noch lokal gefördert, konnten mit neuerer Transporttechnologie im 19. Jahrhundert bald Lagerstätten im Globalen Süden erschlossen werden, die kostengünstiger waren. Die Länder des Nordens förderten bei hohen Preisen jedoch weiter ihre eigenen Rohstoffe, und der Süden verkaufte auf dem Weltmarkt zu Preisen des Nordens. Es entstanden große Gewinne – eine Rente –, die nicht auf Investition, Arbeit und Produktivität zurückgeführt werden können. Sie stellen lediglich eine internatio-

nale Preisdifferenz dar, die auf die Inwertsetzung von Natur, auf Produktivitätsunterschiede und vor allem auf eine hohe Nachfrage zurückzuführen ist. Heute machen diese Renten einen Anteil von circa zehn Prozent des Wertes des gesamten Welthandels aus.

Renten führen in der Weltwirtschaft zu ungleicher Spezialisierung. Rohstoffexportierende Länder können zwar hohe Übergewinne erwirtschaften. Diese Renten verhindern aber sowohl lokale Technologieproduktion und Lernen als auch die Überwindung struktureller Arbeitslosigkeit und Marginalität. Es gibt keinen systemischen Zwang, der über die Verwendung der Renten entscheidet. Sie können in Forschung und Entwicklung investiert werden, sie können aber auch zusätzlichen Konsum finanzieren oder aber in Klientelismus, Stimmenkauf und in Repressionsapparate fließen.

Ungleiche Spezialisierung ist äußerst persistent: Seit nun mehr als 150 Jahren exportieren viele Länder des Globalen Südens ausschließlich Rohstoffe – Lateinamerika steht hier an erster Stelle. Damit einher gehen vertiefte soziale Ungleichheiten, da sich diese Renten meist nur kleine Eliten aneignen – Petrodollars in den Öl-Monarchien des Golfs sind die besten Beispiele.

Diese Konfiguration wird durch die Rohstoffwende herausgefordert. Für Lateinamerika wird eine neue Ära der Rohstoffexporte anbrechen. Auf dem Kontinent lagern Reserven von kritischen Rohstoffen, die im postfossilen Energiezeitalter unbedingt benötigt werden: über 50 Prozent der weltweiten Lithiumreserven, circa 50 Prozent der Silber-, 40 Prozent der Kupfer- und jeweils über 20 Prozent der Zink- und Zinnvorkommen. Darüber hinaus hat die Region noch weitgehend unerschlossene Reserven an Graphit, seltenen Erden und Nickel, die in Hochleistungsturbinen oder Speicherelementen verbaut werden.

Gleichzeitig sind die Gefahren einer vertieften ungleichen Spezialisierung enorm: Deutschland strebt an, kritische Rohstoffe auch auf dem eigenen Territorium zu fördern: Lithiumabbau wird im Rheingraben und im Erzgebirge erkundet. Die Produktionskosten sind mit derzeit geschätzten 22.000 Dollar/Tonne sehr hoch. Im Vergleich dazu liegen sie in Chile und Argentinien bei etwas über 2.000 Dollar/Tonne. Wird dieses Szenario konkret, wird die Weltwirtschaft im postfossilen Energiezeitalter noch viel mehr durch Renten gekennzeichnet sein als bisher. Länder wie Chile und Argentinien werden sich

enorme Extragewinne aneignen können. In dem genannten Beispiel sind es 20.000 Dollar/Tonne Lithium. Im Unterschied zu vergangenen Rohstoffwenden, etwa am Beginn des Aufstiegs von Erdöl, setzt dieser Prozess heute jedoch unter den Bedingungen schon vertiefter Ungleichheiten ein. Die globale Rohstoffwende wird ohne Frage neue Gewinner und Verlierer hervorbringen, sowohl international als auch innerhalb von Gesellschaften.

Lateinamerika ist schon jetzt besonders betroffen, und dies unter prekären Vorzeichen: Finanzkrise, Covid-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine dynamisierten soziale Ungleichheit zum Nachteil breiter Massen. Vertieft sich Ungleichheit noch weiter und gelingt die Überwindung des Extraktivismus nicht, wird eine neofeudale Dystopie immer wahrscheinlicher. Diese Dystopie beruht auf der Verfestigung ungleicher Spezialisierung mit neuen Rohstoffen, der Persistenz von Renten und der Vertiefung sozialer Ungleichheit. Trotz enormem und beschleunigtem sozialen Wandel für einen Großteil der Bevölkerung werden damit die Strukturmerkmale der gegenwärtigen Weltwirtschaft eingefroren.

Der Kampf gegen diese Dystopie ist entscheidend, um das postfossile Energiezeitalter für alle sozial und nachhaltig zu gestalten. Die Rohstoffwende muss mit der Reduktion sozialer Ungleichheit zusammengedacht werden. Für Lateinamerika kann diese Herausforderung auch in eine Chance verwandelt werden. Die Rohstoffwende muss als Katalysator dafür verstanden werden, soziale Ungleichheiten lokal, national, regional und international anzupacken, um damit ungleiche Spezialisierung zu überwinden. Die Mechanismen liegen auf der Hand und basieren auf zwei Pfeilern: Es braucht erstens eine intelligente Beschäftigungspolitik, die mit einer technologie- und lernorientierten Industriepolitik Hand in Hand geht. Dies kann auch dafür genutzt werden, CO₂-neutrale Technologien zu forcieren und dabei Infrastrukturen aufzubauen, die im postfossilen Energiezeitalter wichtig werden. Zweitens aber wird dies nur gelingen, wenn parallel dazu durch Steuer- und Agrarreformen die eklatanten sozialen Ungleichheiten angegangen werden. Die Erfahrungen des vergangenen Rohstoffbooms in Lateinamerika zeigen: Die beiden Pfeiler funktionieren nicht losgelöst voneinander, sie müssen zusammenwirken. Erst dann wird der Erfolg der sozialökologischen Transformation wahrscheinlicher.

Hannes Warnecke-Berger, Universität Kassel, ist Projektkoordinator des Projektverbundes extractivism.de.
www.extractivism.de

Die globale Rohstoffwende wird ohne Zweifel neue Gewinner und Verlierer hervorbringen.

Deutsche Interessen gehen immer vor

Die Projekte für erneuerbare Energien lösen überall Konflikte aus, sagt Lucio Cuenca, Leiter des Lateinamerikanischen Observatoriums für Umweltkonflikte (OLCA), Chile.

Es klingt doch wunderbar: Deutschland wird Chile durch eine Wirtschaftspartnerschaft bei der Dekarbonisierung und der Energiewende helfen. Auf Augenhöhe. Sagt der deutsche Kanzler. Und der chilenische Präsident Gabriel Boric wird den Co-Vorsitz des von der Bundesregierung gegründeten „Klimaclubs“ übernehmen, um gemeinsam Klimaneutralität zu erreichen. Worum geht es?

Der Klimaclub verschleierte die Wirtschafts- und Energieinteressen Deutschlands in Chile. Sie geben vor, gemeinsame Probleme zu lösen. Aber eigentlich geht es um Deutschlands Probleme mit der Energieversorgung. Ich bezweifle, dass es sich um Partner auf Augenhöhe handelt. Deutschland ist eine politische und wirtschaftliche Macht. In Chile sind Armut und Ungleichheit durch die Pandemie noch einmal gestiegen. Mein Land steckt in einer großen ökologischen Krise, vor allem ausgelöst durch den sich ausbreitenden Extraktivismus der letzten Jahrzehnte. Wir sind in einer unterlegenen Position.

Extraktivismus bedeutet, Rohstoffe im großen Stil auszubeuten, um sie zu exportieren. Deutschland importiert schon lange Kupfer aus Chile und möchte nun auch Lithium importieren. Aktuell heißt das Zauberwort aber „grüner Wasserstoff“. Die Bundesregierung sagt, dass sie Chile bei einer Nationalen Wasserstoffstrategie unterstützen wird.

Ja. Deutschland und Chile arbeiten seit zehn Jahren an einer gemeinsamen Energiestrategie. Seit 2019 gibt es die „Energy Partnership Chile-Alemania“. Es geht um erneuerbare Energien, und ein Teil davon ist grüner Wasserstoff. Chile hat großes Potenzial, Strom aus Sonne und Wind zu vergleichsweise sehr viel niedrigeren Preisen zu produzieren als anderswo. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) spielt eine entscheidende Rolle und vertritt die Interessen großer deutscher Unternehmen, denen sie den Weg dafür bereitet, diese Möglichkeiten zu erschließen. Auch die deutsche Botschaft in Chile unterstützt die deutschen Wirtschaftsinteressen vehement. Aktuell bietet sie über eine Ausschreibung chilenisch-deutschen Unternehmen bis zu 15 Millionen Euro an, damit sie diese Möglichkeiten erschließen. Dazu kommen weitere Subventionen, die der deutsche Staat über die Ministerien an Unternehmen vergibt. So gibt es ein Projekt in Magallanes, dem südlichen Teil des Landes, für das die deutsche Regierung Siemens einen Zuschuss von 9,6 Millionen Euro gewährt. Das Projekt wird in diesem Gebiet entwickelt und hat mit der Herstellung von „Eco-Benzin“ aus Wasserstoff zu tun.

Der chilenische Staat stellt Subventionen für die Entwicklung einer starken Wasserstoffindustrie zur

Verfügung. Ebenfalls für private Projekte für erneuerbare Energien, für „grüne“ Wasserstoffprojekte. Letztes Jahr wurden zum Beispiel 50 Millionen Dollar bereitgestellt. Keines der sechs Projekte, die davon profitierten, ist bisher umgesetzt worden. Insgesamt gibt es 30 bis 31 „grüne“ Wasserstoffprojekte und noch viel mehr Projekte für erneuerbare Energien.

Die deutsche Regierung sagt, dass die grüne Wasserstoffstrategie in Chile bis zu 94.000 Arbeitsplätze schaffen könnte. Das klingt gut.

Ich höre die Zahlen zum ersten Mal und bezweifle auch das. Wahrscheinlich ist es eine sehr optimistische Projektion auf Grundlage der idealen Potenziale Chiles. Bei uns lautet der staatliche Diskurs, dass Chile für die Energiewende anderer Länder attraktiv gemacht werden soll. Der Beitrag zur Energietransition Chiles ist Nebensache. Seit der frühere chilenische Präsident Sebastián Piñera, der autoritär regierte, und die deutsche Regierung mit Unterstützung der Entwicklungsagenturen im November 2020 die Nationale Grüne Wasserstoffstrategie verkündet haben, ging es immer darum, einen neuen Wirtschaftssektor für den Export zu schaffen. Die chilenische Bevölkerung beginnt erst jetzt wahrzunehmen, dass diese Strategie existiert. Überall, wo diese Projekte für erneuerbare Energien auftauchen, lösen sie Konflikte aus.

Sie sagen, die GIZ vertrete deutsche Wirtschaftsinteressen. Es ist aber eine Organisation der Entwicklungszusammenarbeit, die Auflagen hat, Umwelt- und Menschenrechte zu respektieren. Sehen Sie darin Möglichkeiten für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit?

Nein. Die GIZ vertritt ganz spezielle deutsche Interessen und setzt sich dafür teilweise sogar über die Interessen der chilenischen Regierung hinweg. Entwicklungszusammenarbeit müsste Wert legen auf eine Beteiligung der Bevölkerung. Aber die aktuellen Strategien wurden aktiv von der GIZ betrieben und mit einer autoritären chilenischen Regierung und einigen Energieunternehmen hinter verschlossenen Türen ausgehandelt. In einigen Fällen unter Beteiligung von Wissenschaftler*innen.

Bei einer so weitreichenden Strategie wie der grünen Wasserstoffenergie handelt es sich nicht um ein Entwicklungsprojekt, sondern um eine Strategie, die das gesamte nationale Territorium Chiles, seine Wirtschaft und Zukunft betrifft. Und damit viele verschiedene Völker, Gruppen, Territorien und Klimazonen. Da kann man nicht sagen: Wir machen hier ein großes Geschäft, das ein ganzes Land verändern wird, ohne die ökonomischen, sozialen, kulturellen und Umweltfolgen zu bedenken. Das chilenische Recht verlangt vorab



Foto: Privat

Lucio Cuenca Berger ist Leiter des Lateinamerikanischen Observatoriums für Umweltkonflikte (OLCA) und trat als unabhängiger Kandidat für die Verfassunggebende Versammlung in Chile an. Mit ihm sprach **Karin Gabbert**, Leiterin des Referats Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

eine strategische Evaluation der Umweltfolgen dieser Strategie. Nichts davon ist geschehen. Laut UN-Konvention 169 muss auch auf allen betroffenen indigenen Territorien eine Befragung erfolgen. Chile hat die Konvention ratifiziert.

Die GIZ kennt die Bedingungen, unter denen die Nationale Wasserstoffstrategie entwickelt wurde, und hat sie gebilligt und zugelassen. Also nein, es gibt keine Gleichheit zwischen Chile und Deutschland.

Wird es in Chile Widerstand gegen die Projekte für erneuerbare Energien zum Export geben?

Das ist notwendig. Chile ist schon heute stark von den Folgen des Extraktivismus betroffen.

Zum Beispiel durch eine gefährliche Dürre und Wasserknappheit. Hier verbindet sich die Klimakrise mit den Auswirkungen der Minenwirtschaft, Agroindustrie und Holzwirtschaft.

Die Produktion von Wasserstoff braucht viel Wasser. Entweder Süßwasser oder entsalztes Meerwasser.

Die Energie für diese Entsalzungsanlagen kommt aus Windkraft oder Sonnenenergie, die aktuell vor allem in Gebieten eingerichtet werden, die wegen ihrer Biodiversität unter Schutz stehen. Oder in Gebieten, die für die Lebensmittelproduktion vorgesehen sind. Überall dort entstehen dadurch Konflikte. Für die Gemeinden und zwischen erneuerbaren Energien und der Produktion von Lebensmitteln.

Aktuell wird eine 1.500 Kilometer lange Stromtrasse von Antofagasta nach Santiago gebaut. Nur um erneuerbare Energie zu transportieren. Denn um „grünen“ Wasserstoff zu verkaufen, muss nachgewiesen werden, dass die Energie ausschließlich erneuerbar ist. Also kann die erneuerbare Energie nicht in unser existierendes Stromnetz eingespeist werden, und wir brauchen eine neue Megaleitung.

Diese gigantischen Hochspannungsleitungen bedeuten an einigen Orten eine brutale Intervention in Territorien. Dort gibt es dann Widerstand: gegen die Unternehmen aus Kanada, China, Frankreich, Deutschland, Italien.

Wer leistet Widerstand?

Unser Land ist lang und hat sehr viele unterschiedliche Klimazonen und Bevölkerungsgruppen.

Beispielsweise durchqueren die Trassen für Energie aus Windkraft oder Sonnenenergie bäuerliche Gemeinschaften im Norden Chiles. Dort ist das Land in kollektivem Besitz, die Bauernfamilien sehen ihr Land bedroht. Es gibt aber auch indigene Gemeinschaften, die protestieren. Umweltorganisationen, weil diese Leitungen geschützte Zonen durchqueren oder Schutzgebiete für Biodiversität. Im südlichen Zentrum des Landes arbeiten wir mit bäuerlichen Gemeinschaften, die sich bedroht sehen durch Windenergieprojekte, teilweise auch mit deutschem Kapital.

Es geht also auch um Landkonflikte.

Ja, die chilenische Regierung sieht die Vergabe von staatlichem Land an Wasserstoffprojekte vor, also eine weitere Form von Subvention. Das Ministerium für Volksvermögen hat sogenannte „tierras fiscales“ (staatliches Land) ausgeschrieben, die für Wasserstoffprojekte vergeben werden. Auch darüber gibt es keine öffentlich zugänglichen Informationen. Deshalb haben wir die Regierung gefragt, um welche Ländereien es sich handelt. Die Antwort: Es hätten sich 32 Projekte von verschiedenen Unternehmen beworben und davon wären 15 ausgewählt worden. Wir haben darauf bestanden, dass die chilenische Bevölkerung wissen sollte, welche staatlichen Ländereien an welchen Orten an welche Unternehmen vergeben werden. Aber dazu wollen sie nichts sagen.

Und es gibt noch die Möglichkeit, die Nutzungsform des Bodens zu ändern. Dabei werden in der Regel Ländereien, die der Nahrungsmittelproduktion dienen, umgewidmet zu Ländereien für die Produktion von erneuerbaren Energien. Das ist eine Form von Enteignung.

Die deutsche Regierung redet in Lateinamerika viel von gleichen und gerechten Beziehungen. Was wäre eine gleiche und gerechte Beziehung zwischen Deutschland und Chile?

Das ist schwer vorstellbar, aufgrund des Machtgefälles zwischen unseren Ländern. Aber es gäbe die Möglichkeit, gleichere Beziehungen auf Prinzipien wie Respekt gegenüber der Souveränität, Achtung demokratischer Prinzipien, von Menschenrechten, Umweltschutz und Rechten der Natur aufzubauen. All dies ist sehr fragil und sollte als Erstes auf den Tisch kommen und verhandelt werden, bevor es um Investitionen geht.

Ich bezweifle,
dass es sich
um Partner
auf Augenhöhe
handelt.

Nicht zukunftssträftig: die Pipeline in Ostafrika

Es ist ein gigantisches und sehr umstrittenes Energieprojekt: Vom ostafrikanischen Uganda aus soll eine gut 1.400 Kilometer lange Pipeline ab 2025 über Tansania täglich 230.000 Barrel Erdöl zum Indischen Ozean transportieren. Das Öl befindet sich unter dem Lake Albert im Westen Ugandas, am Rand eines Nationalparks und inmitten einer der artenreichsten Regionen Afrikas. Bekannt ist das Vorhaben unter dem Kürzel EACOP, das für „East African Crude Oil Pipeline“ steht – Ostafrikanische Rohöl-Pipeline. An dem Projekt beteiligt sind der französische Energiekonzern Total und der chinesische Staatskonzern CNOOC (China National Offshore Oil Corporation). Kritiker*innen warnen deutlich vor bestehenden Risiken für die Umwelt und die Menschen vor Ort. Mehr

als 7.000 Anwohner*innen wurden bereits im Vorfeld der Bauarbeiten umgesiedelt. Mögliche Öllecks könnten in der Region, die als Erdbebengebiet bekannt ist, die Lebensgrundlage von Millionen Menschen bedrohen. Ein Pipeline-Projekt dieser Größenordnung – mit vielen Milliarden US-Dollar Baukosten das teuerste seiner Art – wirkt angesichts der weltweit anstehenden Energiewende wie aus der Zeit gefallen. Noch immer jedoch rechnen Konzerne und Staaten damit, dass sich so eine Investition lohnt. Für den anstehenden Ausstieg aus fossilen Energien ist dies eine schlechte Nachricht. Daher protestiert die weltweite Klimabewegung gegen die ostafrikanische Pipeline als konkretes Symbol einer gestrigen Politik. Bisher allerdings ohne Erfolg. tl



Der peruanische Bergführer und seine engagierten Anwältinnen, Roda Verheyen und Clara Goldmann, werden bei ihrer Klage von Germanwatch und der Stiftung Zukunftsfähigkeit unterstützt. Die Beweisaufnahme beginnt 2017, ein Gutachten soll klären, ob die von RWE verursachten CO₂-Emissionen zum Teil Ursache für die Gletscherschmelze in Peru sind.

Ein Eilantrag (Gegenvorstellung) von RWE gegen den Beweisbeschluss wird abgewiesen und es wird noch einmal klargestellt: Große Emittenten können für die Folgen des Klimawandels zur Verantwortung gezogen werden. Eine Unternehmenshaftung ist denkbar.

Klagen für den Klimaschutz werden immer häufiger ein Mittel der Wahl. Bereits 2015 verpflichtete ein niederländisches Gericht mit einem Urteil den Staat zu mehr Klimaschutz, in Deutschland wird einer solchen Klage 2021 stattgegeben.

2020 beschließt der Deutsche Bundestag den vollständigen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2038. Im gleichen Jahr starten in Lützerath die Rodungs- und Abrissarbeiten. Mahnwachen und Proteste gegen den Abriss beginnen, erste Hausbesetzungen finden statt. Auf dem Hof des Landwirts Eckardt Heukamp wird ein Protestcamp errichtet.



Territoriale Auswirkungen der Energiewende in Lateinamerika

Große Unternehmen instrumentalisieren das Konzept der erneuerbaren Energie für mehr Einfluss

Von Elisangela Soldateli Paim und Fabrina Furtado

Die Welt befindet sich derzeit in einer Krise, die nicht nur das kapitalistische System betrifft, sondern unsere gesamte Zivilisation sowie unsere gewohnten Macht- und Wissensstrukturen. Nicht nur werden Arbeiter*innen, Frauen, afrodeszendente Bevölkerungsgruppen und andere Zivilisationen, die außerhalb kapitalistischer Strukturen leben (wie zum Beispiel indigene und traditionelle Zivilisationen), zunehmend ausgebeutet und enteignet, vielmehr ist der gesamte Metabolismus unseres Planeten in Gefahr. Wir sehen uns mit den Konsequenzen des Klimawandels konfrontiert: Wüstenbildung, Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden und somit auch unserer Nahrung und sämtlichen Ökosystemen, die die Grundlage allen Lebens bilden. Dies ist vor allem auf den Raubbau an Land, Wasser, Fischgründen und Wäldern zurückzuführen sowie auf das Fehlen oder die Lockerung von Umweltgesetzen und die Missachtung der Rechte Indigener und anderer Gruppen. Wir befinden uns mitten in einem systematischen An- und Enteignungsprozess, der die sozial-ökologischen Konflikte schürt. Es sind Konflikte rund um Erschließung, Nutzung und Aneignung der materiellen Welt, und sie stellen eine Gefahr für die Menschheit selbst dar. Die Problematik wird durch den Aufwind extrem rechter Positionen in sozialen Bewegungen und Regierungen weiter verschärft. Die Diskurse und politischen Maßnahmen dieser Positionen, deren umweltfeindliche Einstellung und Stigmatisierung von Lebensformen und Erfahrungen, die sich außerhalb des kapitalistischen Systems und rund um Gemeingüter organisieren, liberalisieren zunehmend den Handlungsspielraum großer Unternehmen.

Die Hauptursache für die Menschenrechtsverletzungen und den Kollaps des Ökosystems liegt in den kapitalistischen Produktions- und Konsumformen, die auf einer übermäßigen Förderung fossiler Brennstoffe, der Abholzung der Wälder und der Ausbeutung von Arbeiter*innen fußen. Der Klimawandel verdeutlicht die Notwendigkeit, unser Verständnis und unsere Verfahren zur Energie- und Ressourcengewinnung grundlegend zu ändern. Die nun verwendeten politischen Instrumente, die ein neues internationales Klimaregime weitgehend durch die Kommerzialisierung und Finanzialisierung von Gemeinwesen herbeiführen wollen, setzen bei ihrem Versuch der Verminderung des

CO₂-Ausstoßes auf oberflächliche, reduktionistische und entpolitisierte Maßnahmen: Zu nennen wären Zahlungen für Umweltdienstleistungen und der Handel mit Emissionszertifikaten, technologische Anpassungen und eine Kompensationslogik über die Terminologie einer „kohlenstoffarmen Wirtschaft und Landwirtschaft“ sowie die Privatisierung erneuerbarer Energien. Unter den als erneuerbar eingestuften Energien, die im Bericht des Weltklimarats (IPCC) von 2023 aufgrund ihrer geringen Kosten empfohlen werden und gegenüber fossilen Brennstoffen wettbewerbsfähig sind, werden Solarenergie sowie Windenergie auf dem Land und auf See und auch Lithiumbatterien genannt.

Große Unternehmen instrumentalisieren also das Konzept der erneuerbaren Energie, um ihren Einfluss auf den Energiemarkt zu legitimieren und auszuweiten, und berufen sich dabei auf geltende Klimaabkommen, insbesondere nach den geopolitischen Folgen des Krieges zwischen Russland und der Ukraine und der damit einhergehenden verstärkten Nutzung der konventionellen Energien (Erdöl, Gas und Kohle). So wurden politische Maßnahmen und Energiewendeprojekte zunehmend als Lösungsansätze für die Klimakrise präsentiert, wobei man sich eines sozioökologischen Modernisierungsdiskurses bediente, in dem sich ein extraktiver Kapitalismus angeblich um die Rettung der Umwelt und die Armutsbekämpfung bemühe.

Auf der Weltrangliste der installierten Windkraftleistung liegt Brasilien derzeit auf Platz 6, wobei sich 85 Prozent der Projekte im Nordosten des Landes konzentrieren. Eine Studie, die im Januar 2023 von der deutschen Unternehmensberatung Roland Berger durchgeführt wurde, prognostiziert, dass grüner Wasserstoff bald die wichtigste Energiequelle der Welt sein wird und dass der brasilianische Markt einen jährlichen Umsatz von 150 Milliarden Real verzeichnen kann, wovon über 60 Prozent aus Exporten erzielt werden können. Auch wenn Richtlinien noch ausbleiben, wurden bereits jetzt diverse Memoranden mit ausländischen Unternehmen und verschiedenen Regierungen für die Produktion von erneuerbaren Energien und grünem Wasserstoff unterzeichnet. Im März 2023 wurde auch auf nationaler Ebene die Absicht zur Zusammenarbeit zwischen Brasilien und Deutschland im Energiebereich bestätigt. Das brasilianische Ministerium für Bergbau und Energie und

das deutsche Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz werden die „brasilianisch-deutsche Energiepartnerschaft“ leiten, die Teil des 2008 unterzeichneten Abkommens zur Zusammenarbeit im Energiesektor ist. Dem gemeinsamen Kommuniqué zufolge wird die Arbeitsgruppe „Grüner Wasserstoff“ der Energiepartnerschaft die Zusammenarbeit beider Länder im Energiesektor stärken und die Umsetzung öffentlicher Maßnahmen und privater Investitionen unterstützen. Im Dokument wird allerdings kein Technologietransfer erwähnt, sondern nur „das Interesse an der Beteiligung brasilianischer Akteure bei der Förderung des Exports von grünem Wasserstoff und daraus hergestellten Produkten nach Deutschland“ bekundet.

Seit Beginn der dritten Amtszeit von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva statteten hochrangige Vertreter*innen von Regierung und Wirtschaft aus Deutschland Brasilien mindestens drei Besuche ab, die überwiegend die Energiewende zum Anlass hatten. Dies gilt auch für den Besuch der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Margrethe Vestager, im März 2023, bei dem sie das Interesse an einer Ausweitung der Partnerschaften der Europäischen Union bei der Erschließung von strategischen Rohstoffen für die grüne Industrie, wie zum Beispiel von Mineralien wie seltenen Erden, Lithium, Kobalt und Niob, bekundete.

In diesem Zusammenhang sehen sich Brasilien und andere lateinamerikanische Länder, in denen große Mengen an Wind- und Solarenergie generiert werden können und die eine Schlüsselrolle bei Produktion und Export von grünem Wasserstoff und anderen natürlichen Ressourcen von strategischer Bedeutung spielen, mit dem Vorwurf eines „grünen Extraktivismus“ konfrontiert, der von Mitgliedern ziviler Organisationen, Aktivist*innen und Forscher*innen erhoben wird. Die Neuausrichtung des Bergbaus zur Energiegewinnung verschärft die Umweltkonflikte in der Region, wie es zum Beispiel bei der Quilombola-Gemeinschaft von Cumbe (Aracati/Ceará im Nordosten des Landes) der Fall ist, deren Siedlung von Windkraftanlagen umgeben ist. Ebenso sieht sich das Wayuu-Volk, ansässig in La Guajira (Kolumbien), neben den Folgen des Kohleabbaus auch mit dem ungebremsten Ausbau von Windparks konfrontiert.

So kommt es, dass Projekte wie die großen Wind- und Solarparks und die Produktion

Kein Heilsversprechen, aber auch kein Teufelszeug

Ob Wasserstoffprojekte in Afrika oder Südamerika den dort lebenden Menschen mehr nützen als schaden, hängt auch von der Kraft zivilgesellschaftlicher Bündnisse ab. Von Uwe Witt

von sogenanntem grünen Wasserstoff von sozialen Bewegungen und Organisationen in Lateinamerika aufgrund ihrer negativen sozioökologischen Auswirkungen hinterfragt werden. Auch erneuerbare Energien gehen mit der Aneignung von Gebieten und der damit verbundenen Gefährdung von lokalen Lebensformen einher. Dies rückt auch die vermeintliche „Erneuerbarkeit“ derartiger Energiequellen in ein neues Licht. Wenn die Einrichtung und Einführung der für die „erneuerbaren“ Energien notwendigen Infrastruktur dazu führt, dass Gebiete fragmentiert werden, stellen sie sich in mehrfacher Hinsicht als nicht nachhaltig heraus. Das Konzept der erneuerbaren Energie und der Energiewende muss also neu gedacht werden. Statt Energie als Produkt aus einer natürlichen Ressource zu sehen, die nur erschlossen werden muss, ist es wichtig, die sozialen Auswirkungen der Produktion mitzudenken, den Nutzen, der aus der Energie gezogen wird, und dessen Konsequenzen für die soziale und biologische Vielfalt. Eine Auseinandersetzung mit diesem Konzept führt zu einem neuen Verständnis von Energie und macht deutlich, wer von den entwickelten politischen Maßnahmen profitiert, wie es derzeit bei den Vorhaben zur Installation von Offshore-Windparks der Fall ist. In diesem Sinne ist die Beziehung zwischen Technologie, Macht und Kapital zentral für eine Debatte über die Energiewende.

Elisangela Soldateli Paim, promovierte Soziologin an der Universidad de Buenos Aires/Argentinien, ist Koordinatorin des lateinamerikanischen Klimaprogramms der Rosa-Luxemburg-Stiftung/Regionalbüro Brasilien und Paraguay.

Fabrina Furtado ist Professorin am Institut für Entwicklung, Landwirtschaft und Gesellschaft (DDAS) und im Postgraduiertenprogramm für Sozialwissenschaften des Instituts für Entwicklung, Landwirtschaft und Gesellschaft (CPDA) der Universidade Federal Rural do Rio de Janeiro (UFRRJ).

Übersetzung von Charlotte Thießen und Christiane Quandt für Gegensatz Translation Collective

Die Erzählungen über grünen Wasserstoff (H₂) sind vielfach frustrierend. Nicht selten dienen sie Unternehmen, Lobbyisten oder angeschlossenen Politiker*innen lediglich als Heilsversprechen beim Klimaschutz. Tatsächlich soll die ressourcenfressende kapitalistische Wachstumsmaschine weiterschnurren, nur anders befeuert. Spätestens wenn die Verkehrs- und die Wärmewende blockiert werden und gleichzeitig Wasserstoff als neues Erdöl gepriesen wird, deutet alles auf solche Nebelkerzen hin. Klimaschützer*innen hierzulande prangern das zu Recht an, genauso Aktivist*innen aus dem Globalen Süden.

Aber auch Teile der progressiven Seite verschließen sich gelegentlich Realitäten: Der Wasserstoff-Hochlauf sei Teufelszeug, weil er den Kapitalismus und dessen Abhängigkeitsverhältnisse im Kern konserviert und neue weltweite Konflikte um Rohstoffe und Flächen provoziert. Das Ganze erst recht im Hinblick auf die H₂-Importwünsche des Nordens, die etwa Afrika oder Südamerika erfüllen sollen.

Die Position ist zunächst nachvollziehbar, gerade soziale Bewegungen und Umweltaktivist*innen im Globalen Süden haben genug schmerzliche Erfahrungen gemacht mit den Begehrlichkeiten des Nordens und sekundierenden Eliten in den eigenen Ländern. Dennoch ist das Problem komplexer.

Denn wahr ist auch, und das lässt sich jedenfalls aus ernsthaften Studien zum Thema herauslesen: Wasserstoff und seine Folgeprodukte würden künftig selbst dann eine wichtige Rolle bei der Dekarbonisierung der Volkswirtschaften spielen, wenn ein mystischer Prozess die Industriestaaten plötzlich zu Schrumpfung statt Wachstum verdonnern sollte und Wasserstoff extrem sparsam eingesetzt würde. Denn eine Vielzahl stofflicher Prozesse der Wirtschaft, in der Stahl- oder Chemieindustrie etwa, lässt sich nur dann CO₂-frei machen, wenn statt Erdgas oder Öl künftig Wasserstoff oder darauf basierende synthetische Stoffe (Synfuels) zum Einsatz kommen. Auch Flug- und Seeverkehr werden Letztere nutzen. Schließlich ist der um ein Mehrfaches effizientere batteriegestützte Stromverbrauch (wie bei E-Autos) hier nicht sinnvoll möglich. Wasserstoff wird zudem als Langzeit-Speichermedium dienen, vor allem, um die Energieversorgung über Wasserstoff-Gasturbinen in jenen Zeiten des Winters abzusichern, in denen kein Wind weht und keine Sonne scheint (Dunkelflaute).

Es stimmt: Wenn etwa die FDP gegen die Wärme- und Verkehrswende ankämpft, ist meistens Wasserstoff im Spiel. Das Wundergas soll dafür sorgen, dass vieles bleiben kann, wie es ist. Selbst Autos fahren dann künftig mit synthetischen Kraftstoffen auf H₂-Basis, Heizungen verfeuern Wasserstoff statt Erdgas. Natürlich ist Lindner und Wissing klar, dass es den Wasserstoff für diese Anwendungen niemals geben wird, sie wollen nur den Umbau blockieren. Schließlich ist das Gas enorm aufwendig zu produzieren, soll es wirklich „grün“ sein, also im Elektrolyseverfahren mittels Ökostrom hergestellt. Das Ganze macht den Stoff teuer und rar – absehbar auch künftig. Es ist vielmehr fraglich, ob es wenigstens genug grünen Wasserstoff geben wird, um zumindest jene Bereiche der Wirtschaft zu dekarbonisieren, die keine andere Alternative haben, siehe oben.

Die mangelnde Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff spiegelt sich auch in den Plänen der Bundesregierung wider. 70 bis 80 Prozent davon will sie importieren, viel davon aus dem Globalen Süden. Diesen Rechnungen liegen Szenarien-Studien zugrunde, in denen Wasserstoff sehr effizient eingesetzt wird, also nur dort, wo es bislang alternativlos erscheint. Jährlich rund 1,5 Prozent volkswirtschaftliches Wachstum und ein Drittel weniger Autos, die aber am Ende komplett auf Elektrobasis, gehören zu den Eingangsgrößen der Berechnungen; außerdem, dass in Deutschland auf all jenen Flächen Ökostromanlagen stehen, die sich halbwegs dafür eignen. Man kann den Wachstumsansatz und den weiterhin hohen Restbestand an Pkws kritisieren. Aber Nullwachstum und noch weniger Autos hätten immer noch erhebliche H₂-Importe zur Folge.

Würde eine solche Entwicklung automatisch eine Art Neokolonialismus 2.0 nach sich ziehen? Die Gefahr besteht real. Allerdings sind Elektrolyseure und Ökostromanlagen nicht das Gleiche wie Erdöltürme oder Kohleminen. Es besteht im Gegenteil die Chance, dass sonnen- und windreiche Länder fossile Exporte durch die vergleichsweise saubere Produktion von Wasserstoff oder Ammoniak ablösen und einen Teil davon irgendwann exportieren, auch um Einnahmen im Kampf gegen die Armut sowie für soziale und kulturelle Bedürfnisse zu generieren. Erste Voraussetzung dafür aber wäre, dass ihre nationalen Strategien für Elektrifizierung und Klimaschutz Vorfahrt haben.

Wie realistisch Wasserstoffimporte aus dem Globalen Süden sind beziehungsweise welche Rahmenbedingungen es geben müsste, um diese sozial und ökologisch gerecht zu gestalten, untersuchte im letzten Jahr eine Arbeit der Arepo GmbH im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Beispiel der drei Staaten Senegal, Niger und Marokko. Danach ist in absehbarer Zeit offensichtlich kaum mit Importen zumindest aus Senegal und Niger zu rechnen. Sie setzen jedenfalls extrem viel voraus. Um erneute neokoloniale Verhältnisse zwischen Erzeuger- und Importländern zu verhindern, müssten auch spätere Importe unter strikten Rahmenbedingungen stattfinden. Dazu wäre auszuschließen, dass Wasserstoffexporte in die Industrieländer zu Lasten der Bemühungen in den potenziellen Lieferländern gingen, ihre eigene Dekarbonisierungspolitik zu betreiben und die in der Regel vorherrschende Energiearmut zu überwinden.

Neben im Vergleich zu anderen Arbeiten erweiterten sozialökologischen Importkriterien entwickelt die Studie die Idee einer „Zusätzlichkeit 2.0“. Dabei geht es um begleitende Maßnahmen der Importländer in den Exportländern. Sie sollen gewährleisten, dass der Aufbau einer Wasserstoff-Exportinfrastruktur nicht nur die eigene Entwicklung der Lieferländer nicht behindert, sondern einen Zusatznutzen für sie garantiert. Solche begleitenden Maßnahmen könnten etwa zusätzliche Investitionen in Ökostromanlagen und entsprechende Infrastruktur vor Ort sein, und zwar in einem relevanten Maßstab zusätzlich zu jenen

Wind- oder Photovoltaik-Anlagen, die für die Elektrolyseanlagen selbst benötigt werden.

Um Missverständnisse auszuräumen: Die Chance, dass die „Energie- und Wasserstoffpartnerschaften“ zwischen EU-Ländern und Staaten des Globalen Südens in emanzipatorischen Projekten münden, geht gegen null. Das ist in Deutschland übrigens nicht anders, auch hier profitieren Kommunen bislang kaum von fremden Wind- und Solarparks, dafür Flächen-eigentümer und Anlagenbetreiber. Und dennoch kämpft die Linke hierfür, und nicht gegen die Energiewende.

Der deutsche Importanteil an Energierohstoffen würde sich mit Wasserstoff statt Kohle, Öl und Gas übrigens deutlich verringern. Im Jahr 2018 betrug er (berechnet auf den Primärenergiegehalt) 71 Prozent, im Jahr 2045 würde er nur noch knapp 18 Prozent betragen. Der Kampf um Degrowth und solidarische Klimapolitik hierzulande könnte ihn weiter senken – und damit auch alle Probleme verringern, die mit H₂-Importen potenziell zusammenhängen.

Es gibt übrigens noch ein gravierend anderes Szenario: Sollten jene Argumente Bestand haben, die Experten wie der Brite Michael Liebreich neuerdings anführen – und dafür spricht einiges –, so wäre allein aus physikalischen Gründen nicht nur der Schiffstransport von „grünem Wasserstoff“ derart ineffizient und teuer, dass er Unfug wäre. Auch H₂-Folgeprodukte (Methanol, Ammoniak etc.) ließen sich wirtschaftlich nur dann verschiffen, wenn sie in den Industriestaaten direkt verwendet werden könnten, der Wasserstoff

daraus also nicht aufwendig rückgewonnen werden müsste. Im Umkehrschluss, so Liebreich, würden voraussichtlich viele von jenen Unternehmen der Grundstoffindustrie, die künftig reinen Wasserstoff benötigten, aus dem Norden abwandern. Sie müssten sich in den Ländern des Globalen Südens ansiedeln. Das wäre nur durch irrsinnig teure und dauerhafte staatliche Subventionen zu verhindern, was kaum realistisch sei.

In einem solchen Szenario würde die Bedeutung der Länder Afrikas oder Südamerikas für die globale Energiewende und den Industrieumbau sogar noch weiter ansteigen, da sie deutlich stärker in die Wertschöpfung eingebunden würden. Doch unabhängig davon, welcher Pfad die Realität stärker prägen wird: Inwiefern Wasserstoffprojekte in Afrika oder Südamerika den dort lebenden Menschen am Ende deutlich mehr nützen als schaden, wird auch davon abhängen, wie kraftvoll Bündnisse der Zivilgesellschaft darauf Einfluss nehmen. Wer aber beispielsweise Photovoltaik in der Wüste (auch Großprojekte) ausschließlich und unter allen Bedingungen als imperiale Bedrohung sieht und in eine Linie mit Öl, Gas oder Kohle stellt, hat vielleicht Illusionen darüber, wie groß die globale Herausforderung beim Klimaschutz ist – und wie grausam ein verlornen Kampf gegen den Klimawandel sein wird.

Uwe Witt ist Referent für sozialökologische Transformation bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

<https://www.rosalux.de/publikation/id/46412/fairer-wasserstoff-aus-afrika>

Rohstoffe für die Energiewende

Deutschland gehört als Industrieland zu den fünf größten Rohstoffverbrauchern weltweit. Abgebaut werden die Ressourcen fast ausschließlich in anderen Ländern, vor allem im Globalen Süden. Die Folgen vor Ort sind oft verheerend, Menschenrechtsverletzungen und Umweltkatastrophen sind an der Tagesordnung, Kritiker*innen des Bergbaus werden bedroht oder sogar getötet. Die nicht zuletzt aufgrund der Klimakatastrophe notwendige Abkehr von fossilen Energien ist jedoch ebenfalls rohstoffintensiv. Dies gilt vor allem dann, wenn die bisherige Nutzung nicht eingeschränkt, sondern lediglich „grün“ werden soll, die SUVs auf den Straßen künftig also mit Strom statt Benzin auskommen. Solaranlagen, Windkraft oder E-Mobilität sind auf zahlreiche Rohstoffe angewiesen, um zu funktionieren. Die belgische Universität Leuven hat im Auftrag des europäischen Bergbauverbands Eurometaux eine Schätzung vorgelegt, wonach 2050 im Vergleich zu 2020 ganze 2.109 Prozent mehr Lithium, 403 Prozent mehr Kobalt und 51 Prozent mehr Kupfer gebraucht würden.

Als Lösung für diesen hohen Bedarf propagieren Rohstoffkonzerne und viele Staaten unter anderem Tiefseebergbau. Am Meeresboden lagern Unmengen an Metallen wie Kupfer, Kobalt, Gold oder seltene Erden in Manganknollen, zum Beispiel in der sogenannten Clarion-Clipperton-Zone zwischen Mexiko und Hawaii. Befürworter*innen behaupten, dass der Tiefseebergbau weniger umweltschädlich sei als der an Land. Mittlerweile setzt sich aber zunehmend die Erkenntnis durch, dass dies irreparable Schäden für die maritimen Ökosysteme mit sich bringen würde. Um die Manganknollen zu „ernten“, müsste

der Meeresboden großflächig umgegraben werden. Teils noch unbekannte Ökosysteme würden zerstört, die biologische Vielfalt irreversibel geschädigt, und wirtschaftliche Grundlagen von Fischer*innen wären gefährdet. Zudem könnte der Tiefseebergbau den Klimawandel verschlimmern, indem er Methan am Meeresboden freisetzt. Zivilgesellschaftliche Gruppen und soziale Bewegungen aus der Pazifikregion fordern daher bereits seit Jahren ein Verbot des Tiefseebergbaus, der sich noch in den Anfängen befindet. Mittlerweile setzen sich auch immer mehr Staaten zumindest für Moratorien ein, darunter Neuseeland, Frankreich, Deutschland sowie eine Reihe pazifischer Inselstaaten wie Fidschi, Papua-Neuguinea oder Tuvalu.

Doch wäre es grundfalsch, mit Hinweis auf den hohen Rohstoffbedarf erneuerbarer Energien die dringend gebotene Energiewende auszubremsen. Eine Analyse der Nichtregierungsorganisation PowerShift mit Daten des Luxembourg Institute of Science and Technology belegt, dass erneuerbare Energien im Vergleich zu fossilen keinen wesentlich größeren, sondern häufig sogar einen deutlich geringeren Bedarf an Metallen haben. Insgesamt ist die Reduktion von Primärrohstoffen in anderen Sektoren wie etwa der Mobilität durchaus erreichbar. Die derzeitige Nutzung von circa 60 Millionen Fahrzeugen in Deutschland, die im Schnitt 1,3 bis 1,5 Personen pro Fahrt transportieren, ist alles andere als nachhaltig. Wichtig wäre auch, die verwendeten Rohstoffe möglichst wiederzuverwenden, statt sie wegzuschmeißen, um sich einer Kreislaufwirtschaft anzunähern. Energie-, Rohstoff- und Mobilitätswende müssen also notwendigerweise zusammen gedacht und vor allem umgesetzt werden. *tl*



2018 versucht RWE zum zweiten Mal erfolglos, den Beweisbeschluss des OLG Hamm anzufechten, und verweigert die Mitarbeit bei der Einigung auf einen Gutachter. Ein weiterer Erfolg im Kampf David gegen Goliath, Bauer gegen Konzern. Der Konzern hat sich auf eine Verzögerungstaktik verlegt. Im gleichen Jahr wird der Bundesregierung vom eigenen Beratungsgremium (WBGU) aus Wissenschaftler*innen und Jurist*innen aufgeschrieben, wie zeitgerechte Klimapolitik auszusehen hätte. Der Rechtsschutz für Menschen, die durch den Klimawandel geschädigt wurden und werden, wird emp-

fohlen und begründet. Denn: „Unternehmen, die durch Emissionen den Klimawandel mit verursachen, können gerichtliche Schadenersatzansprüche geltend machen, wenn sie vom Staat zum Abschalten ihrer Anlage gezwungen werden“, die Rechtsansprüche der von massiven Klimaschäden betroffenen, oft armen Menschen jedoch seien ungeklärt. Der WBGU empfiehlt der Regierung, die Prozesskostenrisiken für aussichtsreiche Musterklagen zu übernehmen. Offen ist nun noch die Frage, ob die peruanische Regierung eine Beweisaufnahme vor Ort zulassen und wann sie stattfinden wird.



Weltweit die Ausnahme, nicht die Regel

Atomkraft ist teuer und unzuverlässig, verliert an Bedeutung, bleibt hinter den Erneuerbaren zurück und ist überaltert. Von Patrick Schukalla

In Deutschland ist die Atomstromproduktion in diesem Jahr beendet worden. Doch mit dem Verweis auf eine andernorts vermeintlich blühende Atomwirtschaft und eine Renaissance der Atomkraft wird der Atomausstieg hierzulande weiterhin als angeblich riskanter deutscher Sonderweg infrage gestellt. Ernstzunehmende Nachweise bleiben Aussagen dieser Art schuldig. Weil für die Realität aber gilt, was ist, und nicht, was wir über sie meinen, sind Rückblicke und empirische Analysen der globalen Atomindustrie hilfreich dabei, diese Behauptungen einzuordnen und als falsch zurückzuweisen.

Eigentlich hatte sich der Diskurs um die vermeintliche glorreiche Rückkehr der Atomkraft mit der Nuklearkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 weitgehend erledigt. Gut ein Jahrzehnt hielt der Wirbel um eine angeblich nahende nukleare Renaissance an, bevor ein Tsunami das japanische AKW traf und es zu mehreren Kernschmelzen mit verheerenden und bis heute andauernden Folgen kam.

Unter anderem mit der Behauptung, die Atomkraft könne einen Beitrag im Kampf gegen die Klimakrise leisten, wurden enorme Zuwächse in der globalen Reaktorflotte imaginiert. Kritische Beobachter*innen sprachen schon damals von extremen Übertreibungen in diesen Szenarien, die teilweise vom Neubau Hunderter neuer Reaktoren in den folgenden Jahrzehnten ausgingen. Wenn heute wieder vermehrt von einer weltweiten Rückkehr der Atomkraft die Rede ist, dann ist es also nicht das erste Mal, dass die Zukunft der Spaltungsenergie zur nuklearen Renaissance hochgejazzt wird.

Damals wie heute handelt es sich mehr um Wunschlisten der Atomindustrie als um realistische Projektionen. Behauptungen einer blühenden Zukunft der Kernspaltung ziehen sich durch die Geschichte der atomaren Energiegewinnung. Dabei haben die Apologeten der Nuklearindustrie bereits in der Vergangenheit eindrücklich unter Beweis gestellt, dass ihre Voraussagen unter dem Eindruck großen Atom-Enthusiasmus jeden Realitätsbezug vermissen lassen. 1974 prognostizierte die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) für das Jahr 2000 zum Beispiel eine nukleare Stromerzeugungskapazität von 4.450 GW. Tatsächlich zählte die IAEO zur Jahrtausendwende jedoch nur eine Gesamtkapazität von 351 GW. Es ist auch jetzt nicht davon auszugehen, dass sich die Verlautbarungen von einer mehr als verdoppelten AKW-Kapazität bis 2050, wie sie die IAEO gegenwärtig

in ihrem Maximalszenario in den Raum stellt, in Form von Reaktoren an den Stromnetzen materialisieren werden.

Der World Nuclear Industry Status Report (WNISR) bietet einen unabhängigen Realitätscheck zum aktuellen Stand der globalen Atomindustrie. Auch in der jüngsten Ausgabe von 2022 wird deutlich, dass die Atomkraft weltweit tatsächlich die Ausnahme ist, nicht die Regel. Von den 195 Ländern der Welt betreiben gegenwärtig 33 Atomkraftwerke. Über die Hälfte (57 Prozent) des Stroms, den diese AKW im Jahr 2021 erzeugt haben, entfällt auf nur drei Länder: die USA als weltweit größter Produzent von Atomstrom, gefolgt von China und Frankreich. Mit Russland als Nummer vier in dieser Rangliste und Südkorea auf Platz fünf brachten es allein diese fünf Staaten 2021 auf 71 Prozent des weltweit erzeugten Atomstroms. Der Großteil der Atomstromerzeugung findet also konzentriert in einer kleinen Zahl von Ländern statt. Im globalen Vergleich verliert die Atomenergie zudem an Bedeutung. Ihr Anteil an der weltweiten Stromerzeugung lag zuletzt bei 9,8 Prozent. Das ist der niedrigste Stand seit 40 Jahren, mehr als 40 Prozent unter dem globalen Höchststand von 17,5 Prozent aus dem Jahr 1996. Der globale Zenit der Atomstromproduktion lag also im vergangenen Jahrhundert. Insbesondere die erneuerbaren Energien machen der Atomkraft seither Konkurrenz. Im Jahr 2021 erreichten Wind- und Solarenergie erstmals einen Anteil von über zehn Prozent der weltweiten Stromerzeugung, womit sie den Beitrag der Atomkraft übertrafen.

Die Kluft zwischen Erneuerbaren und Atomkraft wächst weiter, was sich insbesondere auch in den Kosten widerspiegelt. Der WNISR zitiert hierzu eine Analyse der US-Bank Lazard, die zeigt, dass die Kosten für Solarenergie zwischen 2009 und 2021 um 90 Prozent und die für Windenergie um 72 Prozent gesunken sind. Die Kosten für neue AKW sind im selben Zeitraum um 36 Prozent gestiegen.

Von einem internationalen Aufholen der Atomkraft kann also keine Rede sein. Im Gegenteil, die weltweite Reaktorflotte ist überaltert. Auch hierzu liefert der WNISR eindrückliche Zahlen: Das Durchschnittsalter der in Betrieb befindlichen AKW steigt seit 1984 und liegt aktuell bei 31 Jahren. Mehr als jeder fünfte Reaktor läuft sogar seit 41 Jahren oder länger.

Doch selbst wenn alle derzeit genehmigten Laufzeitverlängerungen beibehalten würden, alle Baustellen fertiggestellt und alle Reaktor-

blöcke, für die noch keine Abschaltdate feststehen, für eine Gesamtlebensdauer von 40 Jahren betrieben würden, müssten etwa 161 neue Reaktoren (mit einer Gesamtleistung von 137 GW) – ans Netz gehen, um den Status quo bis 2030 zu halten. Das wäre im Vergleich zum letzten Jahrzehnt fast die dreifache Neubaurate.

In Frankreich, dem größten Atomstromproduzenten Europas, ist seit 1999 kein neues AKW an das Stromnetz angeschlossen worden. Das Neubauprojekt von Flamanville, das ursprünglich ab 2012 Strom produzieren sollte, ist seither verspätet und von enormen Kostensteigerungen geprägt. Auch in den USA befinden sich gegenwärtig nur zwei Reaktoren, an einem Standort und seit 2018 verspätet, im Bau. Deswegen werden in Frankreich und den USA trotz der steigenden Risiken mittlerweile AKW-Laufzeiten von bis zu 80 Jahren erwogen.

Wer sind also die noch übriggebliebenen großen Player im AKW-Neubaugeschäft? Alle 18 Reaktor-neubauprojekte, die zwischen 2020 und der Mitte dieses Jahres begonnen wurden, werden von chinesischen oder russischen staatlichen oder staatlich kontrollierten Unternehmen durchgeführt. In China befinden sich mit 21 Reaktoren oder 40 Prozent der weltweiten Projekte mit Abstand die meisten Reaktoren im Bau. Der internationale Markt wird hingegen weitgehend von Russland dominiert. Der Staatskonzern Rosatom ist an 20 Bauprojekten beteiligt, darunter drei im eigenen Land. Die übrigen 17 verteilen sich auf sieben andere Länder, je vier davon entfallen auf China und Indien und drei auf die Türkei.

Inwieweit sich mögliche Sanktionen gegen den russischen Nuklearsektor auf diese Projekte auswirken könnten, ist gegenwärtig nicht absehbar. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine und der Rolle Rosatoms bei der Annexion des AKW Saporischja werden nun auch die internationalen Verwicklungen und Abhängigkeiten im Nuklearsektor kritischer beleuchtet. Bislang jedoch ohne ernste Konsequenzen. Seltener wird dabei die Tatsache betrachtet, dass Rosatom auch für die russischen Atomwaffenarsenale zuständig ist. Die Verbindung von ziviler Atomkraft und Atomwaffen, die häufig nur mit den Anfängen des atomaren Zeitalters assoziiert wird, ist tatsächlich so aktuell wie eh und je. Kaum jemand drückte den Zusammenhang und die gegenseitige Abhängigkeit von ziviler und militärischer Atomkraft so griffig aus wie der französische Präsident Emmanuel

Die Energiewende in Nordafrika

Beim Übergang zu erneuerbaren Energien werden koloniale Muster reproduziert. Gerecht ist das nicht. Von Hamza Hamouchene

Macron. In einer Rede vor Arbeiter*innen der Atomindustrie im Jahr 2020 stellte er kurz und bündig fest: „Ohne zivile Atomkraft keine militärische Atomkraft, ohne militärische Atomkraft keine zivile Atomkraft.“ Fabriken wie die Atomindustrieschmiede in Le Creusot, vor der er sprach und in der Bauteile für AKW und atomare Waffensysteme Frankreichs hergestellt werden, seien „der lebende Beweis dafür“, fuhr er fort.

Nicht zufällig sind heute mit Ausnahme Südkoreas ausschließlich Atomwaffenstaaten beziehungsweise deren Unternehmen im weltweiten AKW-Neubaugeschäft tätig. Denn diese Staaten, die ihre Waffenarsenale modernisieren wollen, sind auf den zivilen Arm der Nuklearindustrie angewiesen. In der Klimakrise hingegen kann die Atomkraft die so dringend notwendige Energiewende nur ausbremsen und nicht unterstützen.

Atomkraft ist teuer und unzuverlässig, verliert relativ zur gesamten Stromproduktion an Bedeutung, bleibt hinter den Erneuerbaren zurück und ist überaltert. Anders als verschiedentlich behauptet ist die Atomkraft weltweit nicht die Regel, sondern eine Ausnahme. Ihre großen und dominanten Treiber sind und bleiben die Atomwaffenstaaten. Gerade deswegen ist allerdings auch ein globaler Atomausstieg kein Selbstläufer, der aufgrund der effizienteren und günstigeren Erneuerbaren von selbst passieren würde. Vielmehr bleibt es wichtig, der Rhetorik einer vermeintlichen nuklearen Renaissance argumentativ entgegenzutreten, um einer Normalisierung dieses Pro-Atom-Diskurses vorzubeugen. Denn die Atomkraft bleibt gefährlich. Sie führt zu radiotoxischen Ewigkeitskosten und Gesundheitsrisiken: von der Urangrube bis zur ungelösten Endlagerfrage.

Patrick Schukalla arbeitet als Referent für Atomausstieg, Energiewende und Klima bei den Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW). Er ist Geograf, hat zu Uranexploration und -bergbau geforscht und lehrt gelegentlich am Institut für Geographische Wissenschaften der Freien Universität Berlin.

<https://www.worldnuclearreport.org/>

Die Bewältigung der globalen Klimakrise erfordert eine rasche und drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Gleichzeitig wissen wir, dass das derzeitige Wirtschaftssystem die lebenserhaltenden Systeme des Planeten untergräbt und schließlich zusammenbrechen wird. Daher ist ein Übergang zu erneuerbaren Energien unausweichlich geworden. Es ist jedoch sehr gut möglich, dass dieser Übergang, falls und wenn er kommt, die gleichen Praktiken der Enteignung und Ausbeutung beibehält, die derzeit vorherrschen, wodurch Ungerechtigkeiten reproduziert werden und die sozioökonomische Ausgrenzung vertieft wird.

Mehrere Beispiele aus der nordafrikanischen Region zeigen, wie Energiekolonialismus und extraktivistische Praktiken auch beim Übergang zu erneuerbaren Energien reproduziert werden, und zwar in Form dessen, was als „grüner Kolonialismus“ oder „Green Grabbing“ bezeichnet wird. Wenn es um einen „gerechten Übergang“ geht, im Sinne einer „just transition“, der den Armen und Ausgegrenzten in der Gesellschaft zugutekommt, anstatt ihre sozioökonomische Ausgrenzung zu vertiefen, geben diese Beispiele Anlass zu ernster Sorge.

„Grüner Kolonialismus“ kann definiert werden als die Ausweitung der kolonialen Beziehungen der Ausplünderung und Enteignung (sowie der Entmenschlichung des Anderen) auf das grüne Zeitalter der erneuerbaren Energien, mit der damit einhergehenden Abwälzung der sozioökologischen Kosten auf periphere Länder und Gemeinschaften. Im Grunde ist es dasselbe System, nur mit einer anderen Energiequelle, während die gleichen energieintensiven globalen Produktions- und Konsummuster beibehalten werden und die gleichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die Ungleichheit, Verarmung und Enteignung hervorrufen, unangestastet bleiben.

Wissenschaftler und Aktivisten haben einen weiteren nützlichen Begriff geprägt: „Green Grabbing“. Das meint die Dynamik der Landnahme im Rahmen einer vermeintlich grünen Agenda. Land und Ressourcen werden für angeblich ökologische Zwecke angeeignet. Dies reicht von bestimmten Naturschutzprojekten, durch die indigene Gemeinschaften ihres Landes und ihrer Territorien beraubt werden, über die Beschlagnahme von Gemeindeland für die Produktion von Biokraftstoffen bis hin zur Errichtung großer Solaranlagen/Windparks auf dem Land von

Viehzüchtern ohne deren Zustimmung.

Wenn wir es also ernst meinen mit der Abkehr von fossilen Brennstoffen, müssen wir die Zusammenhänge zwischen fossilen Brennstoffen und der Wirtschaft im Allgemeinen genau untersuchen und die Machtverhältnisse und Hierarchien innerhalb des internationalen Energiesystems thematisieren. Das bedeutet, anzuerkennen, dass die Länder des Globalen Südens immer noch systematisch von einer kolonialen, imperialistischen Wirtschaft ausgebeutet werden, die auf der Plünderung ihrer Ressourcen und einem massiven Transfer von Reichtum vom Süden in den Norden beruht.

Die algerischen Machthaber zum Beispiel sprechen seit Jahrzehnten von der Zeit nach dem Öl, und die aufeinanderfolgenden Regierungen haben jahrelang Lippenbekenntnisse zum Übergang zu erneuerbaren Energien abgegeben, ohne konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Tatsächlich hat sich die Umsetzung der aktuellen Pläne für erneuerbare Energien erheblich verzögert, was das Fehlen einer ernsthaften und kohärenten Vision für den Übergang widerspiegelt. So verzögert sich beispielsweise die jüngste Ausschreibung für die Errichtung von 1 Gigawatt (GW) Solarkapazität um mehr als zwei Jahre. Algeriens Pläne, bis 2030 15 GW an Solarenergieerzeugungskapazität zu installieren, sind nicht realistisch, wenn man bedenkt, dass das Land Ende 2021 laut der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) über eine installierte Solarkapazität von insgesamt 423 MW verfügte. Alle Quellen zusammengenommen, beträgt die installierte Kapazität an erneuerbaren Energien derzeit nicht mehr als 500 MW. Dies ist weit entfernt von den für 2030 geplanten 22 GW, die 2011 angekündigt wurden. Das im Juni 2020 ins Leben gerufene Ministerium für Energiewende und erneuerbare Energien hat diese Ziele auf 4 GW bis 2024 und auf 15 GW bis 2035 reduziert. Doch selbst dies ist zu optimistisch.

Kurz gesagt: Algerien muss schnell auf erneuerbare Energien umsteigen, denn eines Tages werden die europäischen Kunden des Landes keine fossilen Brennstoffe mehr für Energiezwecke importieren. Die Europäische Union erweitert und beschleunigt ihre Energiewende, die durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine noch dringlicher geworden ist. Kurzfristig wird die EU natürlich weiterhin Gas importieren und ihre Bemühungen um eine Diversifizierung ihrer Energiequellen verstärken, aber langfristig wird sie alles da-

ransetzen, sich von fossilen Brennstoffen zu lösen. Für Länder wie Algerien wird dies eine existenzielle Bedrohung darstellen, wenn sie weiterhin von Öl und Gas abhängig bleiben. Daher ist der dringende Umstieg auf die Produktion erneuerbarer Energien (vor allem für den lokalen Markt) nicht nur ökologisch richtig, sondern auch strategisch und überlebenswichtig.

In den letzten Jahren ging die allgemeine Tendenz in dem Land jedoch in Richtung einer stärkeren Liberalisierung der Wirtschaft und einer Ausweitung der Zugeständnisse an den privaten Sektor und ausländische Investoren. Das neue Kohlenwasserstoffgesetz ist sehr freundlich gegenüber multinationalen Unternehmen und bietet ihnen mehr Anreize und Zugeständnisse für Investitionen in Algerien. Es ebnet auch den Weg für zerstörerische Projekte, wie die Ausbeutung von Schiefergas in der Sahara und von Offshore-Ressourcen im Mittelmeer.

Die Haushaltsgesetze der Jahre 2020/21 öffneten die Tür für die internationale Kreditaufnahme und sahen harte Sparmaßnahmen vor, indem verschiedene Subventionen gestrichen und öffentliche Ausgaben gekürzt wurden. Im Namen der Förderung ausländischer Direktinvestitionen befreiten sie multinationale Unternehmen von Zöllen und Steuern und erhöhten deren Anteil an der nationalen Wirtschaft, indem sie die 51/49-Prozent-Regel aufhoben, die den Anteil ausländischer Investitionen an einem Projekt auf 49 Prozent begrenzt, und damit die nationale Souveränität noch weiter untergraben. Jetzt ist der Sektor der erneuerbaren Energien an der Reihe. Diese Entscheidung ist definitiv nicht geeignet, die Souveränität in diesem strategischen Sektor zu gewährleisten, der in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen wird!

Während bestimmte westliche Regierungen sich als umweltfreundlich darstellen, in-

dem sie Fracking innerhalb ihrer Grenzen verbieten und Ziele für die Reduzierung der Kohlenstoffemissionen festlegen, bieten sie gleichzeitig ihren multinationalen Unternehmen diplomatische Unterstützung für die Ausbeutung von Schiefervorkommen in ihren ehemaligen Kolonien, wie es Frankreich 2013 mit Total in Algerien getan hat. Das ist Energiekolonialismus und Umweltrassismus.

Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und den Versuchen der EU, die Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern, zeigt sich einmal mehr, dass die Energiesicherheit der EU über allem anderen steht. Wir sehen mehr Gasbindung, mehr Extraktivismus, mehr Pfadabhängigkeit und einen Stopp des grünen Übergangs, wo diese extraktiven Projekte stattfinden. Genau das ist im Fall von Italien und Algerien passiert, die vereinbart haben, die Gaslieferungen an Italien zu erhöhen. Das algerische Unternehmen Sonatrach und die italienische Eni werden ab 2023/24 zusätzlich neun Milliarden Kubikmeter Gas in die EU pumpen. Die EU wird auch LNG-Lieferungen aus Ägypten, Israel, Katar und den Vereinigten Staaten erhalten.

In Algerien und in anderen Ländern Nordafrikas und des Globalen Südens muss die Energiewende ein souveränes Projekt sein, das in erster Linie nach innen gerichtet ist und zunächst den lokalen Bedarf deckt, bevor es zu Exportinitiativen kommt. Wir können nicht auf die alte Weise weitermachen, für Europa produzieren und dessen Diktat befolgen, einschließlich seines Wunsches, sich durch die Diversifizierung seiner Energiequellen von seiner Abhängigkeit von russischem Gas zu lösen. Priorität hat jetzt die Dekarbonisierung der nordafrikanischen Volkswirtschaften durch einen Anteil von 70 bis 80 Prozent erneuerbarer Energien am Energiemix, bevor man überhaupt an Exporte in die EU denken kann.

Ein grüner und gerechter Übergang muss das globale Wirtschaftssystem grundlegend umgestalten und den kolonialen Verhältnissen ein Ende setzen. Wir müssen uns immer fragen: Wem gehört was? Wer macht was? Wer bekommt was? Wer gewinnt und wer verliert? Wessen Interessen werden bedient? Stellen wir diese Fragen nicht, werden wir geradezu zu einem grünen Kolonialismus übergehen, mit einer Beschleunigung der Extraktion und Ausbeutung im Dienst einer sogenannten gemeinsamen „grünen Agenda“.

„Just transition“ wird natürlich an verschiedenen Orten unterschiedlich aussehen. Es ist in der Tat besser, von „just transitions“ im Plural zu sprechen. Wir müssen uns der Tatsache bewusst sein, dass die massiven globalen und historischen Ungleichheiten und ihr Fortbestehen in der Gegenwart Teil dessen sind, was verändert werden muss, um eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft zu schaffen. Ein gerechter Übergang an verschiedenen Orten kann sehr unterschiedliche Dinge bedeuten. Jedoch immer gestützt auf Konzepte wie Energiedemokratie und Energiesouveränität, um die Vision einer Welt zu entwickeln, in der die Menschen Zugang zu und Kontrolle über die Ressourcen haben, die sie für ein menschenwürdiges Leben benötigen. Und in der sie eine politische Rolle bei den Entscheidungen darüber spielen, wie diese Ressourcen genutzt werden und von wem.

Hamza Hamouchene ist ein algerischer Forscher und Aktivist und arbeitete für „War on Want“ zu den Themen Extraktivismus, Ressourcen, Land- und Ernährungssouveränität sowie Klima-, Umwelt- und Handelsgerechtigkeit. Er ist Autor/Herausgeber zweier Bücher, darunter „The Struggle for Energy Democracy in the Maghreb“ (2017).

Eine Langfassung des Textes erscheint unter: www.rosalux.de

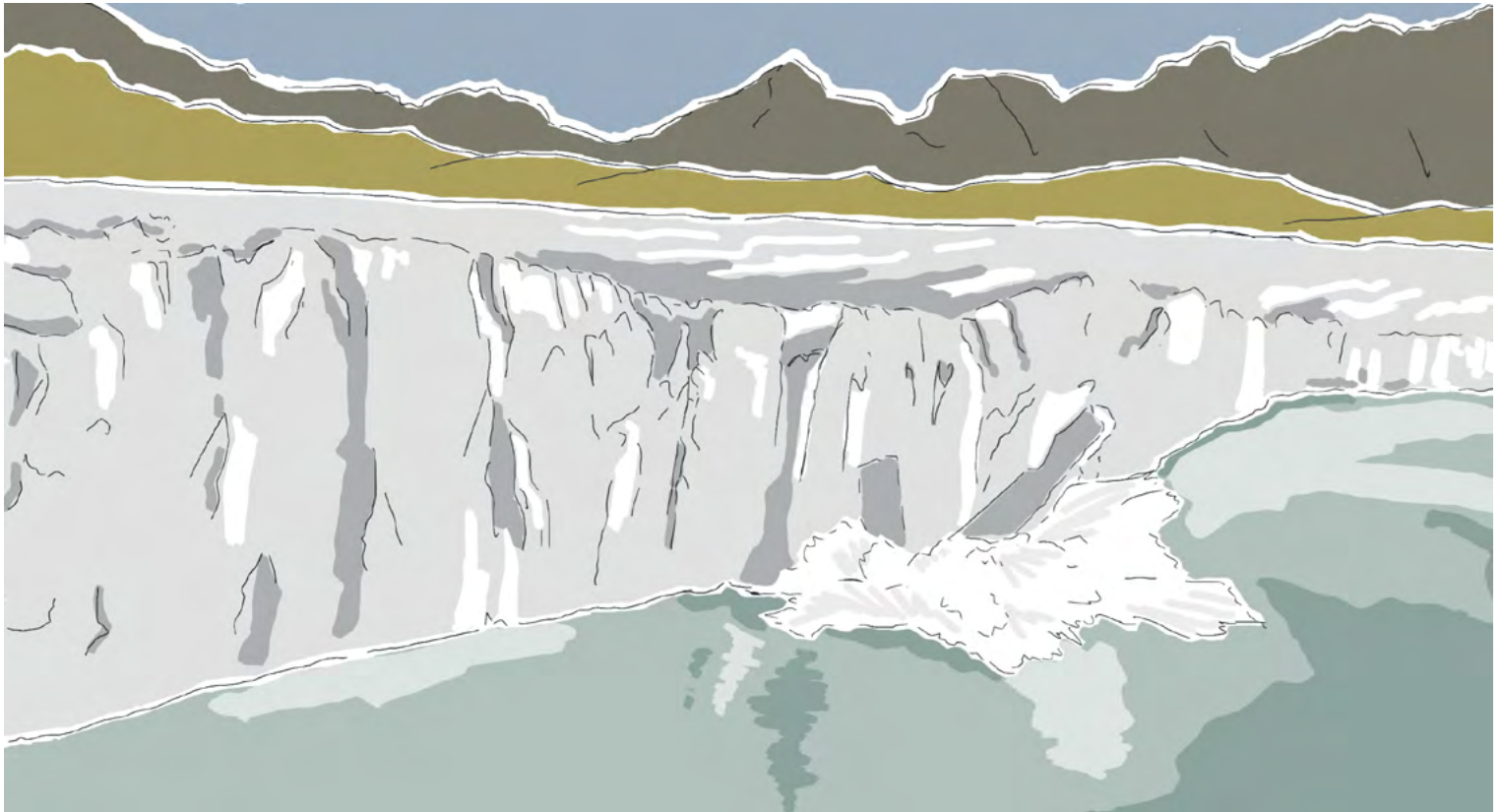
Guyana auf dem Weg zum Erdölland

Das kleine Guyana mit seinen gerade einmal 800.000 Einwohner*innen gehört zu den unbekannteren Ländern Südamerikas – und zu den ärmsten. Dies jedoch soll sich nun ändern: 2015 fand ein Konsortium um den US-Konzern ExxonMobil vor der Küste große Erdölvorkommen, 2022 weitere Erdölfelder. Die Rede ist von bis zu 13,6 Milliarden Barrel Erdöl, womit Guyana aus dem Nichts zu einem der weltweit wichtigsten Förderländer werden könnte. Die aus dem Verkauf erzielten Einnahmen könnten theoretisch die sozialen und wirtschaftlichen Probleme Guyanas lösen, das bis 1966 britische Kolonie war. 75 Prozent der Einnahmen sollen aber zunächst bei ExxonMobil verbleiben, die restlichen 25 Prozent gehen an Guyana, was an sich schon ein schlechter Deal für das Land ist. Die Erfahrungen anderer Erdölförderländer, wie etwa des Nachbarstaates Venezuela, zeigen außerdem, dass sich Rohstoffreichtum keineswegs automatisch in soziale Fortschritte ummünzen lässt. Vielmehr dürfte die zu erwartende Dollarschwemme zur Aufwertung der eigenen Währung führen und

jegliche Produktion innerhalb Guyanas gegenüber Importen verteuern. Auf das Gebiet, in dem das Erdöl lagert, erhebt Venezuela zudem selbst Anspruch, die Erdölfunde haben den alten Grenzstreit wieder angefacht.

Leistete Guyana durch seine großen Regenwälder bisher einen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz, könnte es bald zu den Staaten mit den höchsten Pro-Kopf-Emissionen zählen. Eigentlich hatte sich das Land vorgenommen, den eigenen Energiebedarf bis 2025 ausschließlich durch erneuerbare Energie zu decken.

Am Ausbau der fossilen Rohstoffförderung in Guyana ist neben den Erdölkonzernen auch die Weltbank beteiligt, die das arme Land zuvor weitgehend ignoriert hatte. 2018 und 2019 stellte sie Guyana insgesamt 55 Millionen Euro für diesen Zweck zur Verfügung und konterkariert somit offen die weltweiten Klimaschutzziele. Ein besserer Weg wäre der umgekehrte: Guyana dafür zu bezahlen, das Erdöl im Meeresboden zu belassen. *tl*



Nachdem sich der letzte in Lützerath Verbliebene, Landwirt Heukamp, in mehreren Instanzen erfolglos gegen die Enteignung seines Hofes zugunsten der Braunkohle gewehrt hat, bestätigt das Oberverwaltungsgericht Münster im März 2022 ein Urteil des Verwaltungsgerichts Aachen, dem zufolge die „vorzeitige Besitzeinweisung“ von RWE rechtens war. Heukamp verkauft Hof und Grund an RWE. Der Weg für die Abaggerung des Dorfes ist frei.

Im Oktober 2022 verkündeten RWE, NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) auf einer Pressekonferenz, dass Lützerath abgebaggert wird. Im Gegenzug sollen die übrigen fünf noch nicht geräumten Ortschaften Kuckum, Berverath, Keyenberg, Oberwestrich und Unterwestrich

erhalten bleiben und der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung auf das Jahr 2030 vorgezogen werden.

Im Mai 2022 tritt die seit sechseinhalb Jahren anhängige Klage des peruanischen Andenbauern Saúl Lliuya in eine entscheidende Phase. In Huaraz findet der erkämpfte Ortstermin statt. Richter*innen des Oberlandesgerichts Hamm, Rechtsbeistände und Sachverständige sowie Vertreter*innen des Konzerns RWE reisen an, um zu überprüfen, ob das Haus des Klageführers von einer möglichen Flutwelle aus dem durch die Gletscherschmelze stetig größer werdenden See Palcacocha bedroht ist. Inzwischen gibt es Unterstützung von der Regionalregierung, dem Nationalpark und aus den umliegenden Dörfern.



Das Kritische Rohstoffgesetz der EU

Auf dem Papier klingt vieles gut, in Wahrheit geht es jedoch um knallharte Industrie-Interessen.

Von Michael Reckordt

„Salzseen sind keine Minen, Salzseen sind Feuchtgebiete“, betonen Aktivist*innen des chilenischen Netzwerks OPSAL. Die indigenen Mitglieder, Umweltschützer*innen und Wissenschaftler*innen antworten damit auf die Pläne der chilenischen Regierung unter Präsident Gabriel Boric, den Lithium-Bergbau zu nationalisieren. Sie kritisieren in ihrem Statement, dass Lithium hauptsächlich den privaten Elektroautos in der EU, den USA und China dient. OPSAL sieht darin „einen falschen Lösungsansatz gegen die Klimakrise, ausgehend von den schmutzigsten Volkswirtschaften des Planeten“, namentlich der EU, den USA und China.

Lithium gilt als einer der wichtigsten Rohstoffe für den grünen Kapitalismus und die Energiewende. Zahlen der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission unterstreichen die Aussage von Kritiker*innen. Im Jahr 2030 werden 93 Prozent des von der EU importierten Lithiums für die Elektromobilität gebraucht. Zwar wächst die Anzahl der geplanten Lithiumminen global rasant, aber ob dieses Wachstum mit der zukünftigen Nachfrage mithalten kann, ist umstritten.

Die Lockdowns der Corona-Pandemie und der russische Angriff auf die Ukraine haben die Verletzlichkeit der Lieferketten aufgezeigt. Auch die Klimakrise gefährdet Lieferketten. Als China 2021 aufgrund von Überschwemmungen in Kohleabbaugebieten energieintensive Industrien schloss, war davon die Magnesiumproduktion betroffen. Das führt zu Kurzarbeit in Deutschland, denn die EU ist zu 93 Prozent abhängig von Magnesiumimporten aus China. Auch bei Lithium (78 Prozent aus Chile), Niob (85 Prozent aus Brasilien), Bauxit (64 Prozent aus Guinea), Platingruppenmetallen (zwischen 71 und 92 Prozent aus Südafrika) oder seltenen Erden (99 Prozent aus China) existieren große Abhängigkeiten von einzelnen Ländern.

Eine der Reaktionen auf diese drohenden Engpässe ist der Critical Raw Materials Act (CRMA) der EU. Er soll diese Abhängigkeiten reduzieren. Die EU will bei 16 als strategisch definierten Rohstoffen, darunter Kobalt, Lithium, Nickel, Mangan und Graphit, die für die Elektromobilität benötigt werden, aber auch Kupfer, Platinmetalle und seltene Erden, bis zum Jahr 2030 zu maximal 65 Prozent von nur einem Land abhängig sein. Zudem sollen 40 Prozent der Weiterverarbeitung der strategischen Rohstoffe in der EU stattfinden, 15 Prozent aus sekundären Quellen kommen und zehn Prozent Bergbau in der EU stattfinden.

Mit den Worten „Daher verkünde ich heute ein europäisches Gesetz zu kritischen Roh-

stoffen“ kündigte Ursula von der Leyen im September 2022 in der Rede zur Lage der EU den CRMA an. „Wir werden an strategischen Projekten entlang der gesamten Lieferkette arbeiten – von der Gewinnung bis zur Veredelung, von der Verarbeitung bis hin zum Recycling.“ Nach sehr kurzer Konsultationsphase präsentierte die EU-Kommission im März 2023 ihren Vorschlag. Wie in der Ankündigung der Kommissionspräsidentin sind die strategischen Projekte der Kern des CRMA. Gleichzeitig sind sie eines der zentralen Risiken für Umwelt- und Menschenrechtsschutz. Denn laut der EU-Kommission sollen strategische Projekte innerhalb und außerhalb der EU identifiziert und dann prioritär im Vergleich zu anderen Interessen – zum Beispiel Naturschutz – durchgesetzt werden. Deutlich wird das am extrem ambitionierten Zeitplan für Genehmigungsverfahren. Statt wie bisher nach zehn bis 15 Jahren soll zukünftig innerhalb von maximal zwei Jahren entschieden werden. Auch die vielen menschenrechtlichen Risiken finden sich nicht adäquat im Gesetz wieder. Stattdessen setzt der CRMA auf Zertifikate oder die Absicht, sich in einem freiwilligen, privaten Industriezweigschluss zu engagieren, um als strategisches Projekt geführt zu werden. Sowohl Prüfungen zur Einhaltung von Umwelt- und Gesundheitsrisiken als auch demokratische Beteiligungsverfahren drohen massiv geschleift zu werden. Potenziell betroffen sind unter anderem indigene Gemeinschaften in Schweden und Finnland, aber auch die lokale Bevölkerung in Spanien und Portugal, wo sich schon länger Protest organisiert. Pia Marchegiani von der argentinischen Umweltorganisation FARN findet dazu deutliche Worte: „Die Umsetzung des Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung indigener und lokaler Gemeinschaften, wie es in der ILO-Konvention 169 und dem Escazú-Abkommen anerkannt wird, ist Aufgabe des Staates. Sie kann nicht an Unternehmen, Auditor*innen oder andere Dritte delegiert werden. Aus diesem Grund dürfen Industriestandards und Zertifizierungen keine Rolle im europäischen Gesetz zu kritischen Rohstoffen spielen.“

Weniger Bergbau durch bessere Kreislaufwirtschaft ist schon lange ein Mantra der Politik. Es enttäuscht, dass sich dieses Ziel nur in einer willkürlich wirkenden 15-prozentigen Kreislaufquote wiederfindet. Einige strategische Rohstoffe weisen schon heute deutlich höhere Quoten auf, Wolfram zum Beispiel 42 Prozent, Kupfer 33 Prozent, Platin 25 Prozent und Kobalt 22 Prozent. Andere Rohstoffe sind davon allerdings auch weit entfernt. Neodym wird nur zu einem Prozent im Kreislauf ge-

führt, Dysprosium, Lithium und Titan gar zu unter einem Prozent.

Statt hier eine europäische Koordination mit konkreten Maßnahmen und Instrumenten anzustoßen oder gar Designvorgaben zu machen, gibt die Kommission nur die Empfehlung einer Erhöhung der Kreislaufquote an die Mitgliedsstaaten weiter, die bisher überfordert und desinteressiert waren. Der wirtschaftlich nicht lukrative erste Teil der Kreislaufführung, das Sammeln und Sortieren, wird so nicht angegangen.

Auch die Weiterverarbeitung in der EU zu stärken, macht im Hinblick auf die dominante Rolle Chinas erst einmal Sinn. Gleichzeitig torpediert es aber das Ziel, „Win-win-Partnerschaften“ mit rohstoffreichen Ländern abzuschließen und dort Wertschöpfung zu ermöglichen. Länder wie Mexiko, Chile oder Indonesien haben in den letzten Monaten Maßnahmen dazu ergriffen, Rohstoffe vor Ort selbst zu verarbeiten. Im Fall Indonesiens nutzte die EU das WTO-Klagesystem gegen ein Nickel-Exportverbot. Zwar gewann sie die Klage, Indonesien kündigte allerdings im Frühjahr 2023 an, auch den kritischen Rohstoff Bauxit in Zukunft nicht mehr unverarbeitet zu exportieren. Hier wird sich die EU entscheiden müssen, ob sie glaubhafte Partner werden oder wie bisher knallharte Industrie-Interessen durchsetzen will – im Zweifel auf dem Rechtsweg. Anderswo wird man den Umgang mit diesem Klagegewinn gegen Indonesien sehr genau beobachten.

Eine Zahl fehlt am Ende gänzlich: Die EU-Kommission macht keinerlei Vorschläge zur Reduktion des heutigen Verbrauchs der strategischen und kritischen Rohstoffe. In Zeiten der Klimakrise, der massiven Umweltzerstörung, vieler Berichte über Menschenrechtsverletzungen ist das ein fatales Signal! Bergbau und erste Schritte der Weiterverarbeitung stoßen bis zu 15 Prozent der globalen CO₂-Emissionen aus. Zwar ist die Debatte um den CRMA noch nicht entschieden, aber die immensen Lobbyaktivitäten lassen Ungutes erahnen. Die Bergbauindustrie möchte in Europa mit weniger Auflagen buddeln, die Schmelzen wollen günstig und zuverlässig Rohstoffe aus dem Globalen Süden importieren, und die Autoindustrie möchte sich keine Gedanken über ihre Produkte machen müssen. Vorgaben zur kreislauffähigem Design und Ziele zur Reduktion der Größe und Anzahl von Autos stören da nur die Betriebsabläufe.

Michael Reckordt arbeitet seit 2013 bei der Organisation „PowerShift“. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Rohstoffwende, Klima und Metalle, Mobilität und Rohstoffe.

Ein Gas-Deal im Senegal?

Eine deutsche Finanzierung oder anderweitige Förderung neuer fossiler Infrastrukturen im Globalen Süden sollte es nicht geben. Von Cornelia Ernst

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der daraus resultierenden Verknappung russischer Öl- und Gasimporte schickte sich die Bundesregierung im vergangenen Jahr an, die Bezugsquellen für fossile Energieträger breiter zu verteilen. Hatte die Bundesrepublik über Jahrzehnte billiges Gas und Öl zuvorderst aus Russland bezogen, sollten nun verstärkt neue Exportländer herangezogen werden. Gas sollte fortan aus den USA, Norwegen und aus Katar importiert werden. Außerdem reiste Bundeskanzler Olaf Scholz im vergangenen Mai – als erste Reise in der Rolle des Bundeskanzlers auf den afrikanischen Kontinent – in den Senegal und gab gemeinsam mit dem senegalesischen Präsidenten, Macky Sall, bekannt, dass Deutschland als Teil der G7 eine enge energiepolitische Kooperation mit dem westafrikanischen Land anstrebt.

Das energiepolitische Engagement Deutschlands (und der G7) im Senegal soll zunächst eine sogenannte Just Energy Transition Partnership (JETP) umfassen. Hierbei handelt es sich um eine relativ neue Form der klima- und entwicklungspolitischen Partnerschaft, die erstmals auf der COP26 in Glasgow zwischen Südafrika als Nehmerland und den G7-Staaten als Geberländern beschlossen wurde. Ziel einer JETP ist es, durch die Bereitstellung gezielter Förderungen und Kredite die sozial gerechte Transition des Energiesystems im Nehmerland zu beschleunigen. Förderfähig sind unter anderem Anlagen für die Herstellung erneuerbarer Energie, Fernleitungs- und Übertragungsnetze, Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Anders als bei vorherigen Ansätzen werden die durch die Partnerschaft gedeckten Punkte jedoch nicht durch die Geberländer vorgeschrieben, sondern durch das Nehmerland auf Grundlage eines Entwicklungsplans definiert. Dieser soll die nationalen Besonderheiten des Energiesystems stärker einbeziehen und einen Top-down-Ansatz vonseiten der Geberländer verhindern.

Doch das energiepolitische Engagement Deutschlands begrenzt sich nicht auf die Förderung von Erneuerbaren, sondern beinhaltet mutmaßlich auch eine fossile Komponente. So gab Scholz auf der besagten Pressekonferenz an, es gehe „selbstverständlich [...] auch um die Zusammenarbeit bei der Nutzung der natürlichen Gasressourcen, die Senegal hat, bei der Nutzung der künftigen Möglichkei-

ten, die da entstehen, und auch bei den technischen Investitionen in die Kraftwerksinfrastruktur, die dazu notwendig sind“. Das Statement von Bundeskanzler Scholz erregte in der deutschen Öffentlichkeit seither viel Aufmerksamkeit – nicht zuletzt auch deshalb, weil eine deutsche Finanzierung fossiler Infrastrukturen der ebenfalls auf der COP26 von 34 Staaten und fünf Finanzinstitutionen getroffenen Vereinbarung zuwiderläuft, bis Ende 2022 alle Investitionen in fossile Infrastrukturen auslaufen zu lassen. Bis heute ist der Öffentlichkeit allerdings nicht bekannt, ob und in welchem Umfang es verbindliche Absprachen zwischen Macky Sall und Olaf Scholz gab – und inwiefern diese Absprachen darauf hinauslaufen, dass deutsche Finanzmittel in die Finanzierung von fossilen Infrastrukturen fließen beziehungsweise zur Sicherung senegalesischer Gasexporte für Deutschland aufgebracht werden.

Ginge es nach der senegalesischen Regierung, so wäre eine Kooperation im Bereich der Gaswirtschaft auch Gegenstand der JETP. Denn die senegalesische Regierung sieht in der Ausbeutung der fossilen Ressourcen die Möglichkeit, die Elektrifizierung (Gas-to-Power) und Industrialisierung des Landes voranzutreiben sowie die staatlichen Einnahmen zu erhöhen. Schließlich wird auch hier immer wieder das Narrativ von Gas als im Vergleich zum fossilen Öl „weniger klimaschädlicher“ Brückentechnologie bemüht, um so neuen fossilen Infrastrukturen einen grünen Anstrich zu verleihen.

Nachdem der Senegal 2014 große Öl- und Gasvorkommen vor der Küste des Landes entdeckte, führte das Land 2020 eine erste Lizenzierungsrunde durch. Dabei konnte ein Projektconsortium, bestehend aus BP, Kosmos Energy sowie in geringem Umfang auch dem staatlichen Energieunternehmen Petrosen, die Förderlizenzen für zwei Gasfelder sichern: das Greater Tortue Ahmeyim (GTA), das im maritimen Grenzgebiet zwischen dem Senegal und Mauretanien auf der Höhe der Stadt Saint-Louis liegt, sowie das Yakaar-Teranga-Gasfeld (YT), das weiter südlich von Saint-Louis lokalisiert ist. Während die erste Förderphase des GTA für rund 25 Jahre hauptsächlich den Weltmarkt bedienen soll, ist das YT nach

Angaben des Projektconsortiums für den inländischen Gebrauch gedacht.

Es stellen sich drei Fragen: zum einen, inwiefern der Senegal tatsächlich in einem signifikanten Umfang finanziell von der Gasförderung profitieren können; zum Zweiten, inwiefern politische Absprachen zwischen Macky Sall und Olaf Scholz die reale Vermarktung des Gases beeinflussen können, wenn das Gas im Besitz eines privatwirtschaftlichen Projektconsortiums ist. Drittens stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis die volkswirtschaftlichen Entwicklungseffekte, die möglicherweise durch die Förderung der Gasressourcen entstehen, zu den mannigfaltigen negativen Externalitäten stehen.

So stellen die Förderplattformen und Pipelines einen invasiven Eingriff in maritime Ökosysteme dar und gefährden das größte Kaltwasserkorallenriff der Welt, das sich vor der Küste des Senegals befindet. Dies

betrifft mittelbar auch die regionale Fischerei – einen Sektor, der einen wesentlichen Teil der ökonomischen und gesellschaftlichen Basis in der Region um Saint-Louis ausmacht (siehe Interview mit Elimane Haby Kane).

Der Senegal ist ein souveräner Staat und kann als solcher freilich auch über seine Energiepolitik entscheiden. Allein, eine deutsche Finanzierung oder anderweitige Förderung neuer fossiler Infrastrukturen im Globalen Süden sollte es nicht geben. Offensichtlich sind dabei die klimapolitischen Gründe: Neue fossile Infrastrukturen schaffen Lock-in-Effekte, zumal der kalkulierte deutsche LNG-Bedarf offenkundig überdimensioniert war und sogar die EU-Kommission die Bundesregierung vor Überkapazitäten warnte. Doch auch vor dem Hintergrund entwicklungs- und außenpolitischer Erwägungen verbietet sich ein deutsches fossiles Engagement im Senegal, denn die negativen Folgen fossiler Projekte für Menschen und Umwelt könnten die Region erschüttern und schließlich auch die Bemühungen im Rahmen der JETP konterkarieren. Die Zukunft wird und muss postfossil sein.

Cornelia Ernst ist Abgeordnete für die Linke im Europaparlament, ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Energie- und Klimapolitik.

Förderplattformen und Pipelines stellen einen invasiven Eingriff in maritime Ökosysteme dar.

Chance oder Kalamität?

Elimane Haby Kane über geplante Projekte zur Öl- und Gasförderung im Senegal und die Auswirkungen auf die Fischerei



Foto: Atlantic Fellows

Elimane Haby Kane ist Mitgründer der Bürgerinitiative Nationale Mobilisierung für Bürgerengagement, Souveränität, Einheit und Neugründung (MESURE). Das Gespräch führte **Ibrahima Thiam**, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Dakar.

Eine Langfassung des Gesprächs wird online unter www.rosalux.de veröffentlicht.

Der Senegal steht an der Schwelle zu einer neuen Ära der Offshore-Ausbeutung von Gas und Öl an seinen Küsten. Eine echte wirtschaftliche Chance?

Seit der Ankündigung bedeutender Öl- und Gasfunde vor der senegalesischen Küste im Jahr 2014 hat der Senegal zwei Investitionsentscheidungen unterzeichnet: die Förderung von Öl im „Sanghomar-Projekt“ und die Gasförderung im sogenannten „GTA-Projekt“. Das „Yaakar-Teranga-Projekt“ wartet noch auf die endgültige Investitionsentscheidung. Die angekündigten Öl- und Gasmengen können zwar nicht mit denen der afrikanischen Förderländer Nigeria, Angola und Äquatorialguinea mithalten, sind aber für ein Land mit mittlerem Einkommen, das stark von bisher importierten Kohlenwasserstoffen abhängig ist, um seinen Energiebedarf zu decken, recht groß.

Tatsächlich kann dies eine wirtschaftliche Chance für den Senegal sein, aber auch eine neue Kalamität darstellen. Alles hängt von der Governance des Kohlenwasserstoffsektors und der Effizienz des senegalesischen Staates dabei ab, die Vertragspartner beider Projekte, die Unternehmen British Petroleum und Woodside, zur Einhaltung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu bewegen.

Welche Umweltrisiken und -auswirkungen sind mit der Öl- und Gasförderung verbunden?

Wir haben drei Arten von Risiken identifiziert: Das erste Risiko umfasst mögliche negative Auswirkungen auf die Umwelt und die biologische Vielfalt, weil die Luftqualität während der Bau- und Betriebsphase abnimmt und Vögel sowie die gefährdeten Mittelmeer-Mönchsrobber und Meeresschildkröten in einem regionalen Gebiet hohen Kohlenwasserstoffkonzentrationen ausgesetzt sind.

Das zweite Risiko betrifft die Gemeinden und deren Aktivitäten. Das meint vor allem das vorübergehende Verbot der handwerklichen Fischerei im Interventionsgebiet, wegen dem etwa bis zu 80.000 Fischer und etwa 700.000 Menschen von Einkommensverlusten betroffen sind. Es muss mit einem Rückgang der Fischfangmengen gerechnet werden.

Das dritte Risiko meint die wirtschaftlichen Folgen eines Ölunfalls und auch die Risiken für die Sicherheit der Fischer auf See durch die Anwesenheit der Projektschiffe während der Bau- und Betriebsphasen. Mögliche Folgen sind zum Beispiel Konflikte zwischen Fischern und öffentlichen Sicherheitskräften, wenn Fischer während der Bau- und Betriebsphase aus den Sperrzonen eskortiert werden müssen, oder bewaffnete Angriffe auf die Gasförderanlagen, die während der Betriebs- und Schließungsphase das Terrorismusrisiko landesweit erhöhen könnten.

Wie gehen die Fischer in Saint-Louis vor?

In Saint-Louis haben die Gemeinschaften der Barschfänger und der Fischverarbeiter*innen ihre Bedenken gegenüber dem Betrieb des GTA-Projekts den Behörden mitgeteilt, lokale Prioritäten ermittelt und mit Unterstützung von LEGS-Africa (eine panafrikanische

Initiative mit wissenschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ausrichtung) einen lokalen Plan zur Überwachung der ökologischen und sozialen Auswirkungen ausgearbeitet. Um die potenziellen Auswirkungen zu reduzieren, ist es zunächst sehr wichtig, dass der senegalesische Staat und die privaten Betreiber eine Politik des Dialogs mit den lokalen Gemeinschaften verfolgen, um gemeinsam geeignete Maßnahmen gegen die identifizierten Auswirkungen zu ergreifen.

Die Fischerei ist ein Schlüsselsektor der senegalesischen Wirtschaft. Ist die Offshore-Kohlenwasserstoffgewinnung nicht eine Bedrohung für diesen Teil der Wirtschaft?

Die Fischerei ist für die nationale Wirtschaft von großer Bedeutung und ein grundlegendes Element sowohl in sozialer Hinsicht als auch für die Ernährung einer Vielzahl von Haushalten.

Bereits jetzt beklagen die Fischer eine Verknappung der Fischprodukte, die auf mehrere Faktoren zurückzuführen ist: insbesondere auf den Klimawandel, schlechte Techniken der handwerklichen Fischerei und auf den Missbrauch der industriellen Fischerei. Die Einschränkung der Fanggebiete aufgrund von Öloperationen auf hoher See verstärkt ihre Befürchtungen noch. Diese Situation führt bereits zu schweren Konflikten zwischen den Fischergemeinden. Das alles deutet auf eine kommende tiefe Krise hin.

Der Senegal ist bestrebt, seine Abhängigkeit von umweltschädlichen flüssigen Brennstoffen durch die Entwicklung und Installation neuer Wind- und Solarkraftwerke zu verringern. Wird die Förderung von Öl und Gas diese Energiewende gefährden?

Trotz der Fortschritte bei der Umsetzung seiner gemischten Energiestrategie, die mehr als 20 Prozent erneuerbare Energien vorsieht, setzt der Senegal eine Gas-to-Power-Strategie um, die darin besteht, das Gas, das im Rahmen des „Yaakar-Projekts“ gefördert wird, zur Stromerzeugung zu nutzen. Diese Option stellt den Plan zur Energiewende auf die Probe, auch wenn der Senegal Gas als saubere Energie ansieht und die Fortsetzung der Gasproduktion fordert. Das Ziel, 100 Prozent erneuerbare Energien zu erreichen, wird durch diese Option, gegen die das Argument der Energiesouveränität spricht, noch für mehrere Jahre gefährdet.

Kann das „Ölfloch-Syndrom“ im Senegal vermieden werden?

Das ist nur möglich, wenn der Senegal eine transparente und verantwortungsvolle Politik im Bereich der Kohlenwasserstoffe einführt. Zu diesem Zweck muss ein demokratischer und alle wirtschaftlichen und sozialen Akteure*innen einschließender Ansatz angewandt, müssen aber auch die Mittel für eine wirksame Kontrolle und Überwachung der vertraglichen Verpflichtungen der Partner und der Durchführung der Operationen auf hoher See bereitgestellt werden.



Nachdem im Frühjahr 2022 die Beweisaufnahme für die Klimaklage Lliuyas stattgefunden hat, werden nun das Gutachten und eine Zwischenentscheidung in dem bedeutenden Musterprozess erwartet. Ob David gegen Goliath gewinnt oder nicht, wird wegweisend dafür sein, wie Gerichte mit dem Thema der unternehmerischen Verantwortung für den Klimawandel umgehen. Ein Erfolg oder Teilerfolg (der bereits mit der Beweisaufnahme errungen wurde) würde dazu ermutigen, auch auf dem Klageweg die Rechte gegenwärtiger und künftiger Generationen zu erkämpfen.

Was ohne all die anderen Klimakämpfe nicht ausreichen wird.

Am 11. Januar 2023 beginnt die Polizei mit einem Großaufgebot, das von Klimaaktivist*innen besetzte Dorf Lützerath zu räumen. Am 14. Januar demonstrieren Tausende Menschen gegen die Räumung. Am 16. Januar verlassen die beiden letzten Kämpfer*innen Lützerath.

Vier Tage hat die Räumung gedauert, der Kampf gegen den weiteren Ausbau des Braunkohletagebaus viele Jahre. Am Ende war Lützerath der Einsatz bei einem Deal, den die Politik mit der Industrie geschlossen hat. RWE schrieb im Januar 2023 in einer Presseerklärung: „Die Kohle unter der früheren Siedlung Lützerath, im unmittelbaren Vorfeld des Tagebaus, wird benötigt, um die Braunkohleflotte in der Energiekrise mit hoher Auslastung zu betreiben und gleichzeitig ausreichend Material für eine hochwertige Rekultivierung zu gewinnen.“ Es ist schon schlechter gelogen worden.

Lützerath und Huaraz liegen 10.000 Kilometer auseinander. In Zeiten der Klimakatastrophe und mit Konzernen wie RWE ist das ganz, ganz nah.

Illustrationen: Lena Westphal, Texte: Kathrin Gerlof





maldekstra SALON

VORANKÜNDIGUNG FÜR DEN HERBST 2023

Angesichts der Klimakrise konzentriert sich hierzulande die Debatte hauptsächlich auf das Ziel der Dekarbonisierung und die Umstellung auf „grüne“ Technologien. Wenn die Energiewende nicht global gedacht wird, werden die Kosten dieser Transition auf den globalen Süden und marginalisierte Regionen abgewälzt, globale und regionale Ausbeutungs- und Ungleichheitsstrukturen zementiert und vertieft. Und zum Weiterlesen das RLS-Dossier »Klimagerechtigkeit« <https://www.rosalux.de/dossiers/klimagerechtigkeit>

Eine global gerechte Energiewende – aber wie?

mit Lucio Cuenca aus Chile und Hamza Hamouchene aus Algerien/England

COP28 in Dubai. Klimapolitik in den Ölstaaten der Golfregion

mit Juliane Schumacher und Nadja Charaby